Donnerstag, den 16. Juni 1921 Einzelnummer 25 Pf. 32. Jahrgang — Nr. 138

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.— Mk., auswärts 1.20 Mk., Anzeigen unter Text 3.— Mk., auswärts 3.25 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.40 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.— Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4-6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und kostet durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4-6, durch die Zweigstelle Matthiasstraße 28, bei Junge, die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 7 und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.20 Mk., monatlich 5.10 Mk., vierteljährlich 15.30 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 Mk. (ohne Bestellgebühr), frei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 Mk., vierteljährlich 18.30 Mk.

Auch London für den Rückzug des Selbstschutzes

Der Selbstschutzkonflikt.

I.

Der Konflikt, der zwischen der Interalliierten Kommission in ihrer Gesamtheit und der Leitung des deutschen Selbstschutzes entstanden ist, die von der Mehrheit des Zwölferausschusses der deutschen Bevölkerung dabei restlos unterstützt wird, bringt dem deutschen Oberschlesien nicht nur gegenüber dem augenblicklichen polnischen Terror, sondern vor allem auch gegenüber den dauernden polnischen Ansprüchen, die schwerste Gefahr, von der es seit Ausbruch des Aufstandes bedroht worden ist. Die Interalliierte Kommission und besonders auch ihr englisches Mitglied verlangten die rasche Räumung des Annaberges, der das Hauptkampfgebiet beherrscht, vom Selbstschutz, wofür Sicherungen über einen gleichzeitigen Rückmarsch der Insurgenten geboten werden sollten. Die Mehrheit des Zwölferausschusses hat die Räumung abgelehnt. Die der Welt dafür durch das offiziöse Wolffbüro gegebene Begründung erklärt die Ablehnung damit, daß die Räumung einer Forderung der Insurgenten entspräche. Die Alliierten haben darauf den Vormarsch in das Industriegebiet eingestellt und, wie wir gestern meldeten, die Verhandlungen zunächst abgebrochen. Sie haben sich nunmehr an die Reichsregierung gewandt, damit diese einen Druck auf die deutschen Oberschlesier und auf den Selbstschutz ausübe, der die Räumung veranlaßt. Die neue ausführliche Protestnote der Reichsregierung an die Westmächte ist dadurch in ihrer Wirkung in die diplomatische Verteidigung gedrängt worden.

Wir haben uns in Deutschland gewöhnt, die Diplomatie der großen Weltmächte als ein nüchternes Riesengeschäft zu betrachten, dessen Entscheidungen nicht immer durch die Konjunktur und Geschäftslage gerade in unserem Erdteil bestimmt werden. In der deutschen Presse mit englandfeindlicher Tradition ist auch sofort der Gedanke aufgetaucht, daß dieser Umschwung in der Praxis der englischen Politik letzten Endes nicht durch den Selbstschutzkonflikt, sondern durch die sehr gespannte Lage in Vorderasien bestimmt ist, wo die von den Engländern unterstützten Griechen gegen türkische und andere orientalische Nationalisten stehen, die teilweise von Sowjet-Rußland, teilweise aber auch von Frankreich unterstützt werden. England, so wird angedeutet, hätte natürlich ein gewisses Interesse an einem Einschwenken Frankreichs in Vorderasien, während dieses mehr Wert auf ein Nachgeben Englands in Oberschlesien lege und anscheinend auch immer wieder erreiche.

Diese Deutung der englischen Politik ist gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr wenig überzeugend. Der englische Kolonialminister Churchill hat gerade von einer Reise in das seinem Ressort neuerdings zur politischen Behandlung unterstellte Vorderasien zurückgekehrt, deutlicher als irgend ein anderer englischer Politiker die Parole ausgegeben, England, Frankreich und Deutschland müßten zusammenarbeiten. Der Zusammenhang zwischen dem Bolschewismus und dem vorderasiatischen Nationalismus ist in der letzten Zeit offensichtlich lockerer geworden; gegen die Sowjeteinflüsse dürfte England dort auf Frankreichs Hilfe nicht mehr angewiesen sein. Die französische Orientpolitik wird in den Augen ruhiger Beobachter der Entwickelung allmählich immer stärker zum Hauptgegner der englischen. Die öffentliche Meinung in England aber legt zunehmend größeres Gewicht auf eine Beruhigung Mitteleuropas als auf neue große Erfolge der vorderasiatischen Kolonialpolitik.

Nach den ersten Reden Lloyd Georges gegen die französische Oberschlesienpolitik glaubten deutschnationale einstige „Gott strafe England"-Schreier die Engländer wollten nun mit ihnen gemeinsam einen kleinen Krieg gegen Polen und Franzosen beginnen und fanden Herrn Lloyd George bereits erheblich sympathischer als Herrn Wirth oder die deutschen Sozialdemokraten. Enttäuscht laufen sie jetzt herum, um wieder ihr altes Lied zu singen und uns wieder die törichteste Verzweiflungspolitik zu predigen. Diesen Leuten ist nicht zu helfen. Wir anderen aber sollen ihnen weder glauben, wenn sie die Welt himmelblau, noch wenn sie sie tiefschwarz sehen. Selbst wenn wir aber die Politik der Weltgötter in Paris, London und Rom mit ebenso einfachem Gemüt wie unsere Deutschnationalen als schwarzen Verrat, trotz allen wirtschaftlichen Wiedergutmachungs- und Aufbauinteressen, beseelt vom „Vernichtungswillen", beurteilen müßten, wäre es immer noch schlimme Torheit, diesem „Verrat" Entschuldigungsgründe zu liefern.

Das aber geschieht, wenn die Forderungen der Interalliierten Kommission an den Selbstschutz jetzt nicht mit aller Ruhe und Sachlichkeit geprüft werden und jede Möglichkeit zur Fortsetzung der Verhandlungen ausgenutzt wird.

Der Selbstschutz muß sich darüber klar sein, daß er die Möglichkeit, seinerseits etwas wesentliches zur Befreiung des zentralen Industriegebietes zu tun, schon heute nicht mehr hat. Die Beschlüsse über Bildung einer neutralen Zone scheinen in der Interalliierten Kommission zu verschiedenen Zeiten verschieden gewesen sein. In der Praxis haben sich alliierte Truppen heute an so zahlreichen Stellen vor den deutschen Selbstschutz geschoben, daß er einen allgemeinen Angriff, falls er die nötige militärische Kraft dazu hätte, gegen die Insurgenten nicht mehr führen könnte. General Höfer steht auf dem Standpunkt, daß der Selbstschutz einmal noch Verteidigungsaufgaben gegen die Insurgenten hat, was zweifellos richtig ist und auch von der Interalliierten Kommission praktisch anerkannt wird, daß er aber zweitens auch in der Reserve bleiben müsse, weil die nach ihren eigenen Angaben schwachen alliierten Kräfte ihn vielleicht noch zur Unterstützung ihres Vormarsches heranholen würden.

Wir glauben dagegen, daß der Selbstschutz sich die Aussicht auf eine aktive Beteiligung an der Befreiung des Industriegebiets zum Teil selbst verbaut hat und daß eine solche Beteiligung heute jedenfalls nicht mehr in Betracht kommt. Das darzulegen soll Aufgabe eines zweiten Artikels sein. —m.

Druck auf die Reichsregierung wegen des Selbstschutzes.

Die „Vossische Zeitung" hört, daß der Botschaftsrat der französischen Botschaft in Berlin, de St. Quentin, dem Staatssekretär von Haniel Vorstellungen im Sinne der Forderungen der Interalliierten Kommission in Oppeln übermittelt hat, die darauf besteht, daß der deutsche Selbstschutz den Annaberg räumt.

* * *

Der englische Botschafter in Berlin hat sich, nach neuen Meldungen, dem Schritt des französischen Vertreters bemerkenswerterweise angeschlossen.

Neue Oberschlesiennote der Reichsregierung.

Nach Paris, London und Rom ist am Mittwoch folgende Note abgegangen:

Seit sechs Wochen hat Korfanty die Macht nahezu im gesamten Oberschlesien an sich gerissen und hat in dem von seinen Banden besetzten Gebiete tatsächlich alle Befugnisse der Interalliierten Kommission übernommen. Sechs Wochen erduldete die oberschlesische Bevölkerung die ungeheuren Leiden, welche dieser Rechtsbruch über alle Teile des Landes heraufbeschworen hat. Die Verluste an Menschenleben sind groß. Die Aufständischen häufen Greuel auf Greuel. Hunderte von friedlichen Bürgern sind verschleppt; über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Historische Bauten, wie die Schlösser von Schimischow und Stubendorf, von Zembowitz und Kalinow und viele andere sind dem Fanatismus der Insurgenten zum Opfer gefallen. Den Bauern und Gutsbesitzern sind Pferde und Vieh weggetrieben, Gebäude und Geräte zerstört. Die Einbringung der Ernte ist bereits jetzt in vielen Gegenden unmöglich. Nicht minder traurig liegen die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr steht nahezu überall still. Der Bolschewismus findet in diesem verwüsteten Lande einen günstigen Boden und breitet sich in erschreckender Weise aus. Blutenden Herzens, aber mit gefesselten Händen, soll das deutsche Volk zusehen, wie unter den Augen der Interalliierten Kommission, der die Verwaltung des Landes zu treuen Händen übergeben war, seine Volksgenossen brutalster Gewalt ausgeliefert und die Früchte deutschen Fleißes und deutscher Wirtschaft der Vernichtung preisgegeben werden.

Sechs Wochen polnischer Terror sind über unsere Volksgenossen hingegangen, ohne daß die Interalliierte Kommission geeignete Mittel gefunden hätte, die allein eine Niederwerfung des Aufstandes ermöglichten. Seit Ende Mai sind erhebliche Truppenverstärkungen der Entente mit reichlichem Kriegsmaterial in Oberschlesien eingetroffen. Mit geringen Ausnahmen, abgesehen von den großen Städten, die noch in der Hand der Deutschen sind, ist jedoch das gesamte Aufstandsgebiet nach wie vor im Besitz der Insurgenten geblieben, welche dort unumschränkt herrschen. Die Grenze nach Polen ist offen. Von dort kommt dauernd Zuzug an Kämpfern, darunter eine erhebliche Anzahl regulären polnischen Militärs. Von dort werden Waffen und Munition aller Art herübergeschafft. Beweise für diese Tatsachen werden den alliierten Regierungen besonders übergeben. Wenn aber die alliierten Truppen bei ihrem Vorgehen die Ortschaften besetzten, können die Insurgenten vorher, wie zum Beispiel in Rosenberg, unmöglich mit Waffen und Munition sowie unter Mitnahme allen geraubten Gutes abziehen und ihrem fanatischen Haß auf dem Rückzuge an den unschuldigen Bewohnern freien Lauf lassen. Haben aber interalliierte Truppen ein Gebiet durchzogen, so tauchen in ihrem Rücken alsbald die polnischen Banden wieder auf und treiben in gleichem Maße ihr Unwesen wie vorher. Eine Befriedigung ist nirgends zu verzeichnen. Längs der ganzen Front sind die Ortschaften, wie zum Beispiel Kostellitz, Wachowitz, Frei-Pipau, Frei-Kadlub, Schemowitz, Waldhäuser, Hohenbirken, Bukau, Marchowitz, welche vorher von den Polen geräumt waren, erneut von den Banden besetzt und schwer heimgesucht worden.

Die oberschlesische Bevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben mit einer Selbstbeherrschung, die von der gesamten Welt als einzig dastehend anerkannt wird, bisher die Ruhe bewahrt. Der oberschlesische Selbstschutz hat trotz zahlreicher Angriffe der Polen und trotz dringender Hilferufe aus den von Korfanty besetzten Gebieten seine Stellungen nicht weiter vorgetragen in dem Vertrauen, daß endlich energische Maßnahmen seitens der Interalliierten Kommission gegen Korfanty und seine Banden ergriffen werden.

Die deutsche Regierung muß gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien schärfste Verwahrung einlegen. Sie sieht sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den oberschlesischen Selbstschutz auf gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzuge mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Dieser Erfolg kann allein dadurch gezeitigt werden, daß mit ernstem Nachdruck

alle Gebiete in Oberschlesien

und mit allen Kräften

von den Insurgenten gesäubert

werden. Geschieht dies nicht, so wird die alleinige Verantwortung für alle Vorkommnisse und ihre Folgen der Interalliierten Kommission und deren Präsidenten zur Last fallen, der die Macht besitzt, durch energische Maßnahmen die Beseitigung dieses Zustandes in kurzer Zeit herbeizuführen. Nach dem Friedensvertrage, Artikel 88, ist die Interalliierte Kommission verpflichtet, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrage für vereinbar, wenn die Interalliierte Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zur Anwendung bringt. Sie muß daher erneut und mit allem Nachdruck fordern, daß die Bevölkerung Oberschlesiens, die nach dem Ergebnis der Abstimmung bei weitem überwiegend deutsch ist, endlich überall und restlos von der Insurgentenherrschaft befreit wird.

Warnung eines englischen Linkssozialisten an London.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Aus einer Depesche des Berliner Korrespondenten des „Daily Herald", die dieser an sein Blatt richtet, ist zu entnehmen, wie einsichtige Engländer die oberschlesische Frage beurteilen. Eine weitere Verzögerung der interalliierten Aktion gegen die polnischen Insurgenten würde in die innere deutsche Situation bedenkliche Verwickelungen hineintragen, da dann die Behauptung der Chauvinisten, Lloyd George suche sich der Verpflichtung zur Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien zu entziehen, indem er die Frage des deutschen Selbstschutzes als Vorwand gebraucht, auch in den sonst gemäßigten deutschen Kreisen Eingang finden würde. Diese könnten dann leicht dazu überredet werden, daß die Versöhnungspolitik Dr. Wirths nutzlos sei, wodurch das Kabinett gefährdet würde. Für die Reaktion würden die letzten Schranken fallen; es ist wohl kaum eine Frage, daß sie die oberschlesischen Freiwilligen zu einem Zug gegen Berlin mißbrauchen möchte, der dann für die Reaktion im ganzen Reiche besonders für das durch die letzten Ereignisse arg bloßgestellte bayerische Regiment das Signal wäre, sich gegen alles zu erheben und alles zu vernichten, was heute in Deutschland demokratisch und republikanisch ist. So ist die oberschlesische Frage nicht eine lokale oder koloniale, sondern eine europäische Frage.

Korfanty in Oppeln. — Franzosen in Kreuzburg und Ratibor.

Aus Oppeln wird gemeldet: Korfanty hält sich in der Stadt in französischer Umfassung auf. Kreuzburg soll, nach zuverlässigen Nachrichten, mit einem Bataillon Franzosen belegt werden.

* * *

Aus Ratibor meldet WTB.: Die Insurgenten haben die am 13. d. Mts. verlassenen Ortschaften um Ratibor gestern wiederum besetzt. Die Artillerie ist verstärkt worden. Engländer und Franzosen sind zur Unterstützung der Italiener in Ratibor eingetroffen. Ueber das Eintreffen der Franzosen herrscht große Erregung unter der Ratiborer Bevölkerung. Es kam bereits zu Lärmszenen auf den Straßen. Zwei französische Offiziere wurden gestern auf der Bahnhofstraße von der Bevölkerung verprügelt und mußten sich in die katholische Pfarrei flüchten. Auch der deutsche Selbstschutz hat Verstärkung erhalten. Artillerie zu seiner Unterstützung ist im Anrollen.

Bias wieder frei.

Der von den Insurgenten verschleppte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bias ist, nach einer Meldung des „Vorwärts", nach dreitägiger Haft wieder freigelassen worden.

Kahrs politische Verantwortung für die Münchener Mordtat.

Aus München wird uns geschrieben:

Es gibt politische Morde, für die keine Partei verantwortlich zu machen ist: Taten einzelner Fanatiker oder brutaler Kerle, die ihrem Unwillen lieber mit Dolch oder Revolver als durch sachliche Kritik Ausdruck geben, und deren Geistesverfassung mit der Haltung irgend einer politischen Gruppe nichts zu tun hat. Der Mord an Karl Gareis gehört nicht dazu. Dieser Mord ist das natürliche Produkt des politischen Systems, das in Bayern seit März 1920 besteht, und das sich aufbaut auf der Ausnutzung und Schürung des bürgerlichen Klassenhasses gegen die sozialistische Arbeiterschaft. Die äußerste Zuspitzung der Gegensätze, die das System Kahr zur Folge hatte, würde allein genügt haben, die Gefahr der Entladung in Gewalttaten hervorzurufen und schon deshalb können sich seine Urheber von der Verantwortung nicht frei machen. Aber die Regierung Kahr hat mehr getan; sie hat die reaktionäre Mordpropaganda, die seit Wochen und Monaten nicht etwa in geheimen Konventikeln (da vielleicht auch), sondern in der öffentlich erscheinenden Hetzpresse vom Schlage des Miesbacher Anzeigers getrieben wurde, trotz aller Bestimmungen des Ausnahmezustandes geduldet, während sie gleichzeitig gegen jede noch so kleine Unvorsichtigkeit von links sofort in nachdrücklichster Weise einschritt. Dadurch haben die rechtsradikalen Kreise das Gefühl gewonnen, daß sie ein Einschreiten der Staatsgewalt auch bei den ärgsten Ausschreitungen nicht zu befürchten haben. In diesem Glauben wurden die Rechtsbolschewisten bestärkt durch die Tatsache, daß die grauenvollen Mordtaten aus der Zeit der Niederwerfung der Münchener Räterepublik (mit einer einzigen Ausnahme) ohne Sühne geblieben sind. Ueberhaupt mußte das ganze bayerische System, bei dem die linke Hand (die Regierung) offiziell nicht wußte, was die rechte Hand (die Einwohnerwehrleitung) tat, in jedem reaktionären Uebeltäter die Ueberzeugung hervorrufen, daß er höchstens eine formelle Verfolgung durch die Strafbehörden, insgeheim aber Schutz und womöglich noch Belohnung durch offiziöse Stellen zu gewärtigen habe. Wir haben es doch erlebt, daß der Reichswehroberleutnant Brand, der in Passau anläßlich einer Theatervorstellung des Gewerkschaftskartells schlimme Gewalttätigkeiten verübte und deshalb vom Staatsanwalt gesucht wurde, einfach über die Tiroler Grenze ging und sich dort nicht etwa eine Privatbeschäftigung zu suchen brauchte, sondern sofort einen schönen Posten bei den Tiroler „Heimwehren" erhielt. Diese Heimwehren aber werden von dem bayerischen Obergeometer Kanzler geleitet, der gleichzeitig die Würde eines stellvertretenden Landeshauptmanns der bayerischen Einwohnerwehren bekleidet und die rechte Hand — manche Leute sagen: der böse Geist — Escherichs ist. In den Diensten dieser bayerischen Staatsstütze konnte der von der bayerischen Justiz verfolgte Offizier angenehme Monate verbringen und wiederholt die bayerische Grenze überschreiten, bis er eines Tages durch Zufall erkannt und infolge der ihm wohl unerwarteten Pflichttreue eines Staatsanwalts in dem Landstädtchen Traunstein trotz Anrufung seines hohen Gönners festgenommen wurde. Kann man sich wundern, wenn im Zusammenhang mit solchen Vorkommnissen die Duldung der Mordpropaganda einen reaktionären Gewaltäter glauben ließ, daß die in Bayern maßgebenden Stellen den Mord an einem sozialistischen Führer lieben und den Mörder zum mindesten nicht bestrafen würden?

Natürlich hat die Regierung diese Untat nicht gewollt. So gescheit ist sogar das gegenwärtige Ministerium, daß es weiß: Die Münchener haben einen sehr gesunden Abscheu vor Blut. Die Räterepublik hat ihren letzten Todesstoß durch den Geiselmord empfangen, und nur, weil die Erinnerung an diesen Frevel kommunistisch verhetzter Subjekte so lange fortwirkte, war in Bayern überhaupt ein brutal reaktionäres Regiment möglich. Aber auch die Wirkung solchen Erinnerns hat ihre Grenzen, und wenn nun offen blutiger Terror von der Rechten einsetzt, dann ist die Regierung, die dies duldet, in kürzester Frist erledigt. Darum gibt man sich ja solche Mühe, die Dinge zu verschleiern und zu verdrehen, weil man weiß, daß der Kerngedanke der scharfmacherischen Kahrpolitik, klar ausgesprochen, seine Verfechter gerade im bayerischen Volk um alle Sympathien bringen würde. So ist dieser Mord, der plötzlich das wahre Wesen des bayerischen Regierungskurses hervortreten ließ, für Herrn Kahr und seine Freunde höchst unbequem. Aber sie werden die Verantwortung nicht los, denn sie haben aus Furcht vor dem Mißfallen der Rechtsbolschewisten, die sie immer als unentbehrliche Kerntruppe im Kampf gegen links ansahen, jede ernsthafte Maßnahme gegen reaktionäre Gesetzwidrigkeiten sorgfältig vermieden und damit den Glauben an die Staatsautorität so erschüttert, daß die tätlichen Angriffe auf sozialistische Führer und nun zuletzt der Mord an Gareis möglich wurden.

Das Proletariat hat unter Führung seiner Organisationen durch einen dreitägigen Generalstreik seiner Empörung Ausdruck gegeben. Der Abbruch des Streiks wurde von vornherein nicht von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig gemacht, sondern auf Montag Nacht festgesetzt. Die Arbeiterschaft hat ihren Ernst gezeigt, die politische Auswertung dieser Tatsache bleibt der parlamentarischen Aktion der sozialistischen Parteien überlassen. Die Aktion wird sich auf Beseitigung jener Persönlichkeiten richten müssen, die dem heutigen System sein Gepräge geben. Leider ist sie erschwert durch eine taktische Ungeschicklichkeit der U.S.P., welche die Entfernung Kahrs und des Polizeipräsidenten Pöhner ausdrücklich als ihre Streikforderung proklamierte und dadurch für die bürgerlichen Parteien, die sich durch einen politischen Streik nichts abzwingen lassen wollen, eine Ehrenfrage daraus machte, gerade diese beiden Männer zunächst zu halten. In Wirklichkeit ist bis weit in die Kreise der bayerischen Volkspartei hinein die Ueberzeugung verbreitet, daß mit dem Kahrkurs Schluß gemacht werden muß, und selbst wenn der derzeitige Ministerpräsident aus Prestigegründen noch einmal eine kleine Gnadenfrist erhält, so wird doch in sehr kurzer Zeit das politische Leben Bayerns und Deutschlands nicht mehr mit dem törichten Scharfmachertum des Herrn v. Kahr belastet sein.

K. L.

Für und wider die Zwangswirtschaft.

Abgesehen von einigen kleinen Vorlagen, die ohne Aussprache erledigt wurden, unterhielt man sich in der Mittwochsitzung des Reichstages ausschließlich über das alte, schon bis zum Ueberdruß breitgetretene Thema der Zwangswirtschaft. Den radikalen Agrarierstandpunkt vertrat Herr Dusche von der Deutschen Volkspartei, der mit dem erbitterten Widerstand der landwirtschaftlichen Organisationen gegen die Durchführung des Umlageverfahrens drohte und die völlig freie Wirtschaft forderte. Er tischte das alte Märchen vom Achtstundentag in der Landwirtschaft auf, den es niemals gegeben hat, und wollte die Arbeitszeit der landwirtschaftlichen Arbeiter verlängert und die Lebenshaltung eingeschränkt wissen. Herr Böhme vom Deutschen Bauernbund wandte sich überraschenderweise ebenfalls gegen die Vorlage, deren Schicksal damit besiegelt sein dürfte. Der Unabhängige Dr. Herz brachte in einer sehr breit angelegten Rede eine Fülle teilweise höchst interessanten Materials; seine Forderungen haben in der gegenwärtigen Situation aber wohl nur akademischen Wert. Das gilt natürlich noch weit mehr von den weitgehenden kommunistischen Forderungen, denen Herr Eckardt, dem das durchdringende Organ seines Parteigenossen Höllein völlig fehlt, nur wenig Gehör zu verschaffen wußte.

Preußischer Landtag.

Sie geben alle Hoffnungen auf.

Dem Zentrum lag besonders daran, die diesjährigen Etatsberatungen im Landtage vor Beginn der Sommerferien zu beenden. Es möchte deshalb am Mittwoch im Aeltestenrat den Vorschlag einer geradezu grotesken Redeeinteilung, um bis zum 20. Juli durchaus fertig zu werden. Im Hauptausschuß sollte jede Partei zu jedem Etat zwei Redner stellen, einen mit 19 Minuten, den anderen mit 5 Minuten Sprechzeit. Im Plenum sollte zu jedem Etat einschließlich aller dazu gehörigen Anträge, großen Anfragen usw. eine Rednerreihe mit einer halben Stunde Redezeit gebildet werden.

An dem Widerspruch unserer Genossen und der Kommunisten scheiterte dieser verrückte Vorschlag, der jede sachliche Beratung unmöglich gemacht hätte.

Da die Bürgerlichen für ihren Versuch, im Aeltestenausschuß nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit aufbrachten, haben sie sich damit abgefunden, daß der Etat vor den Ferien nicht mehr erledigt werden kann. Der Aeltestenausschuß hat den Beginn der Ferien für Mitte Juli in Aussicht genommen.

Die Justiz vor dem Landtage.

Der Herr Justizminister Am Zehnhoff leitete die Beratung des Justizetats mit einer kurzen Rede ein. So wenig er auch bot, — dem Manne kann man nicht böse sein, er ist zu gemütlich; selbst die wütendsten Kommunisten versprachen, diesen Mann nicht zu hängen, wenn sie zur Macht kommen sollten.

Herr Am Zehnhoff erzählte etwas über die Reformen des Zivil- und Strafrechtsverfahrens vor dem Prozeß, Teilzahlungen bei Zwangsvollstreckungen, Neuregelung der Lohnpfändung usw., Reform des Strafprozesses und des Strafvollzugs, Ersatz von Freiheit — durch Geldstrafen, Erhöhung der Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre, erhöhte Tagegelder für Schöffen und Geschworene stehen in Aussicht.

Die Justiz — sagte der Minister — sei „zuverlässig", er gab aber zu, daß Herkunft und gesellschaftliche Anschauung des Richters auf die Art des Urteils von Einfluß sein können.

Für unsere Partei sprach Genosse Heilmann, der in groß angelegter Rede nachwies, wie wenig die Verhältnisse unserer Justiz dem Geist der neuen Zeit entsprechen. Er erkannte an, daß die vom Justizminister besprochenen Reformen in ihrer Richtung zu begrüßen seien, in ihrer Wirkung aber noch nicht zu übersehen seien. Heilmann bedauerte das Durcheinander auf dem Gebiete der Justiz, amtliche Stellen wissen nicht, ob ein Sondergericht dem preußischen Justizminister oder dem Reichswehrminister unterstehe. Heute besteht kein Grund mehr für Sondergerichte und Ausnahmezustand. Die Ausschreitungen in Mitteldeutschland verlangten Sühne, aber 2500 Jahre Zuchthaus, wie die Sondergerichte sie verhängten, gehen weit über das Notwendige hinaus. Diese Strafen zerstören mehr Menschenleben, als der ganze Aufstand gekostet hat. Beim Kapp-Putsch blieben alle frei, die nicht Führer waren. Wird eine Rote Armee gegründet, so ist das etwas anderes (Sehr richtig! rechts). Hier wird der Einzelne verantwortlich gemacht für alle Maßnahmen, der Roten Armee, für einfache Reden die schlossen „Nieder mit der Regierung" gab es 6 Jahre Zuchthaus, weil das Sondergericht annahm, daß die Rede im Zusammenhang mit dem Aufruhr die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten darstelle. Nach dem Aufstand wurde den Kommunisten alle Schuld gegeben; was die Kommunisten verloren haben, gewinnen sie wieder durch das Wüten der Justiz. Nachprüfung der schweren Urteile so rasch wie möglich, umfassende Anwendung der Begnadigung sind nötig.

Die jetzige Reichsregierung will den Belagerungszustand aufheben, aber die preußische Regierung wehrt sich dagegen. Deshalb ist diese preußische Regierung auch verantwortlich für die jetzt noch gefällten Urteile. (Das Zentrum wehrt sich durch erregte Zwischenrufe gegen diese unangenehme Feststellung.)

Kein Kappist ist bis jetzt verurteilt, deshalb sollte man wenigstens alle Leute aus dem Gefängnis lassen, die wegen Straftaten, die im Kampfe gegen Kapp verübt wurden, im Gefängnis oder im Zuchthaus sitzen.

Auf Kappisten setzten preußische Staatsanwälte keine Prämie aus, wohl aber auf Arbeiter aus Mitteldeutschland. Der Hochverräter Staatsanwalt Zunbroich ist wieder im Amt. Die „Rote Fahne" wird fast täglich beschlagnahmt, aber wird die Presse der Rechtsbolschewisten verfolgt, wenn es notwendig ist? Die Erklärung liegt auf der Hand. Die Juristen sind abhängig — von ihrer Herkunft, von ihrer gesellschaftlichen Auffassung.

Keine geschichtliche Revolution ließ wie die deutsche das unabsetzbare Richtertum unangetastet, das darf aber nicht dazu führen, daß dies Richtertum Klassentendenz gegen das Volk übt. Nach Personen und Gedanken ist das Richtertum noch genau dasselbe, wie in der alten Zeit. Staatsanwalt Gyjae wirft in der „Deutschen Tageszeitung" uns vor, wir wollten eine „Rottjustiz", um unsere Genossen selbst bei Raub, Mord und Plünderung zu schützen. (Zurufe: Der Lump ist noch Staatsbeamter.)

Heilmann führt eine Anzahl anderer Beweise für die reaktionäre Gesinnung der Richter an. Der Staatsanwalt schreitet gegen einen Landrat ein, weil von ihm beschlagnahmte Orgeschpapiere in unserem Waldenburger Blatt abgedruckt wurden.

Der gute Wille des Justizministers wird von uns anerkannt. Aber er genügt nicht, um die notwendigen Reformen zu schaffen. Schöffen und Geschworene müssen gewählt, das Berufsrichtertum erneuert werden, dadurch, daß arme Kinder Jura studieren, und Erwachsene die Möglichkeit haben, ohne Universitätsstudium in den Richterstand einzutreten. Nur so können wir die Einseitigkeit in der Zusammensetzung des Richterstandes überwinden.

Wir erkennen nicht die Rechtsprechung an, die im besetzten Gebiet von Fremden vielfach geübt wird. Fremd sind dem Volk aber auch die Richter, wie ich sie schilderte. Mit solchen volksfremden Richtern gelangt man nicht zu der Gerechtigkeit, wie wir sie haben müssen.

Der Zentrumsredner Oppenhoff wandte sich zum Teil gegen Heilmann, vertrat aber im übrigen manche Forderung auf dem Gebiet der Justizreform.

Der Deutschnationale Dr. Deerberg verbrämte den reaktionären Standpunkt seiner Partei mit einigen Zugeständnissen wie Zulassung der Frauen zu Schöffen und Geschworenen, soweit die Frauen selbst wollen, predigte dafür aber das einzige Heilmittel gegen die Nöte unserer Zeit — Religion für das Volk!

Hungerland.

Von Georg Werner.

19] (Nachdruck verboten.)

Aber auch die Zulchauer stimmten ein Geheul an und wollten sich vor Vergnügen wälzen. Im Augenblick standen eine Masse Menschen da, die den krampfhaften Bemühungen der Beiden, sich aus dem Schlamm zu reiten, zusahen. Je mehr der Schlamm in die Höhe flog und je heftiger der eine den andern zurückriß, um so größer wurde das Freudengeheul. Mit der Zeit gelang es aber doch den Beiden, sich aufzurichten. Wie sie mit ihren schwarzen Gesichtern, triefend vor Schlamm, über die Wagenbretter hinweg in die Menge sahen, war es wirklich sehr schwer, ernst zu bleiben. Je mehr aber die Zuschauer lachten, um so mehr freuten sich auch die im Wagen. Alle Bemühungen des Kutschers, die beiden zum Aussteigen zu bringen, waren vergeblich. Wohl oder übel mußte er sich bequemen, begleitet von einer Schar angeheiterter Bergarbeiter, von denen der eine Teil im Paradeanzug, der andere in der Arbeiterkluft war, die lange Dorfstraße hinabzufahren. Zur Unterhaltung begannen die Beiden im Wagen mit Schlamm zu schmeißen, was die andern noch mehr erfreute. So ging der Zug, dem alle anständigen Elemente auswichen, von Betrunkenen und Kindern begleitet, durch das Dorf. An ihrer Wohnung angelangt, kletterten endlich die Beiden heraus. Der eine aber wurde von seiner Ehehälfte, der vorausgegangene Bergarbeiter schon Bescheid gesagt, empfangen, und die Zuschauer hörten noch das Jammern der eiend und vergrämt aussehenden Bergmannsfrau, daß ihr Mann den Paradeanzug, der noch nicht bezahlt sei, in seinem besoffenen Kopf vollständig ruiniert habe.

Dieser Vorfall fand seinen Weg ins Waldenburger Wochenblatt, in dem das Verhalten der Arbeiter einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Der Verfasser sagte am Schlusse der Notiz, wenn an einem gewöhnlichen Wochentage schon so viele Arbeiter betrunken seien, wäre es kein Wunder, wenn die Bergleute mit ihrem Lohn nicht auskommen könnten.

Der eigenartigen Umstände wegen wurde die Sache in der Bergarbeiterschaft viel besprochen und der Schlriftl, der schon manchmal in den verschiedensten Formen ausgesprochen und wenig beachtet worden war, gab diesen Mal zu einer allgemeinen Empörung Veranlassung. Die Ursachen des Vorkommnisses wurden erörtert und allgemein gaben die Bergleute der überlangen Arbeitszeit die Schuld.

Wilhelm hatte bis dahin die zwölfstündigen Schichten mitgemacht und der höhere Abschlag, den er erhielt, veranlaßte ihn, sich mit der langen Arbeitszeit abzufinden. Jahr und Tag waren seit jenem Tage vergangen, an dem er und sein Onkel das erste Mal länger gearbeitet. Beide hatten sich mit stumpfer Gleichgültigkeit in den durch keine Unterbrechung getrennten Wechsel von Arbeit und Schlaf gefunden. Dieses Leben hatte es auch mit sich gebracht, daß Wilhelm mit seinem Bruder Karl nur noch wenige Worte wechselte. Karl brauchte, da er die Vorschule besuchte, die Ueberstunden nicht mitzumachen. Wenn Wilhelm dann zwei und drei Stunden später wie der Jüngere nach Hause kam, war dieser in der Schule oder ausgegangen. Kam Karl dann nach Hause, schlief der Aeltere schon. Des Morgens aber ging es in aller Eile zur Grube und ihr Weg war nicht der gleiche.

Der Verdienst in der Schicht war auch für Wilhelm ein wenig besser geworden. Da er weiter die zahlreichen Ueberschichten mitmachte, war sein Gesamtverdienst besser als früher und der Unterschied gegenüber dem Jüngeren nicht mehr so groß. Diesen beiden Umständen, der langen Arbeitszeit und dem geringeren Unterschied im Lohne war es zuzuschreiben, daß die Brüder noch nicht wieder ernstlich aneinander geraten waren.

Des Sonntags war Wilhelm jetzt immer bei seinem Schatz. Im Laufe der Zeit war es ihm gelungen, sich etwas von dem gesellschaftlichen Schliffe anzueignen, so daß er für einen Schlepper eine ganz gute Figur machte. Bei Gelegenheit hatte er dann ein Mädchen kennen gelernt, die in einer Porzellanmalerei tätig war.

Dieses Mädchen, Pauline Sommer, verdiente noch mehr wie er. Sie erhielt 12 Mark die Woche und außerdem einen Anteil an dem Gold, das sie beim Bemalen des Porzellans ersparte. Den Malermädchen wurde eine gewisse Menge Gold für eine bestimmte Stückzahl Geschirre zugeteilt. Die Kunst bestand nun darin, recht wenig zu verbrauchen und trotzdem die Tassen und Teller richtig zu bemalen. So erhielt Wilhelms Schatz, die Paule, in der Woche 5—7 Mark Prozente. Dieser für schlesische Verhältnisse sehr gute Verdienst brachte es auch mit sich, daß die Malermädchen für etwas besseres galten. Sie standen in der allgemeinen Achtung höher als die anderen Mädchen aus den Porzellanfabriken, vor allem aber als die aus den Spinnereien und Webereien.

Sonntags gingen Wilhelm und Paule immer zusammen aus. Auch hielt er die dortige Sitte mit und teilte, wie man sagt, die Woche. Das heißt, er traf sich mit seinem Mädchen jeden Mittwoch abend.

Paules Eltern wohnten in Altwasser. Der Vater war Unfallinvalide. Den linken Arm hatte er sich im Schacht abgequetscht. Durch Botengänge und Zeitungsantragen suchte er seine spärliche Rente zu erhöhen. Die Paule konnte daher auch ein Lied von der Armut aus eigener Erfahrung singen und es lag ihr im Blut, jeden Pfennig, den sie ausgeben mußte, dreimal umzudrehen, ehe sie ihn schweren Herzens weg gab.

Wilhelm war ebenfalls sehr sparsam, doch mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe. Aber um so lieber schloß er sich dem Mädchen an, weil sie nicht nur keine Ansprüche an ihn stellte, sondern sogar darauf bedacht war, recht wenig auszugeben. Es dauerte denn auch nicht lange, bis sie ihn aufforderte, mit zu ihren Eltern zu kommen. Groß war sein Erstaunen, als er ein ihm bekanntes Gesicht fand. Paules Vater brachte in Altwasser die Bergarbeiterzeitung und das Volksblatt zu den Beziehern und hatte schon verschiedentlich an Zusammenkünften in Waldenburg teilgenommen. Auch ihm kam Wilhelm bekannt vor und wenige Worte genügten, da wußten sie beide, wie sie zueinander standen.

Am meisten freute sich die Paule darüber. Im allgemeinen war der Vater sehr kritisch veranlagt und ein Meister in der Kunst, die Fehler und Schwächen seiner Mitmenschen zu geißeln und zu verspotten. Nicht umsonst führte er den Spitznamen „Höhnisch". Wenn ihm Wilhelm nicht zusagte, hätte sie es alle Tage hören müssen. Auch so wird er noch genug auszusetzen haben, dachte sie. Jedoch blieb dann wenigstens der bissige Unterton weg. Fehlte dieser aber, hörte sie den Vater ganz gern seine lieben Mitmenschen ein wenig aufziehen. Denn dann wirkte er erzieherisch.

Wie es unter armen Leuten geht, dauerte es nicht lange, und nicht nur die Paule, sondern auch deren Eltern kannten die ganzen Verhältnisse von Wilhelm. Der dumpfe Groll, der sich bei ihm gegen den Steiger Angler gesammelt, fand hier Verständnis. Weiter aber wurde es ihm in der Unterhaltung mit dem Lesenen, zukünftigen Schwiegervater klar, daß die Schuld nur zum Teil in den üblen Charakteranlagen des Steigers liege.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Prozeß Hölz.

Aus Berlin schreibt uns unser —r. Mitarbeiter:

Die Ereignisse, die sich im März dieses Jahres in Mitteldeutschland abspielten, erfahren jetzt eine neue, interessante Beleuchtung durch den Prozeß, der in Berlin gegen den Bandenführer Hölz wegen einer geradezu märchenhaften Summe aller möglichen Verbrechen geführt wird. Vielleicht wird dieser Prozeß endgültig den im kommunistischen Lager ausgebrochenen Streit entscheiden, ob die Märzaktion der V. K. P. D.-Zentrale richtig gewesen ist oder nicht. Diese Entscheidung wird aber dann sicherlich nicht zu Gunsten der Zentrale ausfallen.

Was die V. K. P. D.-Zentrale begonnen hatte, das wurde von Max Hölz weiter geführt. Dieser Mann, der — ob nun ein größerer oder kleinerer Teil der Anklage gegen ihn berechtigt ist oder nicht — sicherlich doch in Mitteldeutschland gehaust hat wie ein richtiger Räuberhauptmann der Vorzeit, war die Seele der Bewegung, der Feldherr des Aufstandes, der „rote General". Er selbst leugnet die ihm zur Last gelegten schweren Verbrechen nicht oder nur zum geringen Teil, er beruft sich aber zu ihrer Rechtfertigung immer wieder darauf, daß er eine kriegführende Macht gewesen sei. Sein ganzes Denken ist durchaus militaristisch. Von der Vorstellungswelt des Krieges, den er als Freiwilliger vier Jahre lang mitgemacht hat, ist er auf keine Weise abgekommen. Für die Ankläger der deutschen Kriegsführung draußen in der Welt wird es ein leichtes sein, nachzuweisen, daß dieser Hölz gar nichts anderes sei, als eine Karikatur und in gelehriger Affe des deutschen Militarismus, der er nun im Kleinen auf eigene Faust getrieben habe, wie es der deutsche Militarismus im Großen trieb.

Es mag auch durchaus richtig sein, wenn Hölz heute behauptet, seine Drohungen mit der Abschlachtung der Bourgeoisie seien gar nicht ernst gewesen, sie hätten nur dem Zweck der Einschüchterung gedient. Auch hier scheint nur ein allzu bekanntes Rezept befolgt, wonach man im Kriege nicht nur brutal sein, sondern noch brutaler scheinen muß, als man es in Wirklichkeit ist. Hölz wollte, um die Bevölkerung seinem Willen gefügig zu machen, Furcht und Schrecken um sich verbreiten. Haben das andere nicht auch getan?

Dieser Angeklagte, der sich als Kommunist bezeichnet und sich wahrscheinlich jetzt sogar selber dafür hält, ist ein völlig geistesverwandter all der verlorenen Existenzen, denen die persönliche Umstellung vom Krieg zum Frieden nicht gelungen ist. Das sind die Leute, die es sich nicht mehr vorstellen können, daß man sich sein Brot anders verdienen kann, als mit dem Säbel und dem Revolver in der Faust. Zumeist Berufssoldaten, aber auch junge Leute, die vor dem Kriege noch nicht festen Fuß im bürgerlichen Erwerbsleben gefaßt hatten und durch das Soldatenleben völlig entwurzelt wurden. Die meisten dieser Leute sind politisch nach dem äußersten rechten Flügel abgeschwenkt als Orgeschoffiziere, Baltikumer, Kappisten usw. Ein kleinerer Teil hat die Befriedigung seiner militaristischen Triebe bei der alleräußersten Linken gesucht, und zu ihm gehört auch dieser Max Hölz.

Sein politisches Glaubensbekenntnis ist daher etwas gleichsam äußerlich aufgeklebtes und angelerntes. Es gibt Schwärmer und Idealisten, denen der Glaube an eine Idee die Waffe in die Hand gedrückt hat. Hölz gehört nicht zu dieser Sorte, er braucht die Idee nur zu dem Zwecke, der Waffe in seiner Hand einen Schein höherer Weihe zu geben, die Waffe aber führt er nicht der Idee, sondern ihrer selbst willen.

Daraus erklären sich auch die Widersprüche zwischen seinen Aussagen und denen Brandlers, des Vorsitzenden der V. K. P. D., der kürzlich in Berlin zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt wurde. Brandler war der zivile Leiter des Märzputsches, Hölz der militärische. Während nun Brandler vor Gericht erklärte, es sei keineswegs das Ziel der mitteldeutschen Bewegung gewesen, die Verfassung der deutschen Republik gewaltsam zu stürzen, nur Narren und Idioten hätten aus diesem Anlaß an die Errichtung einer Räteherrschaft denken können, versichert Hölz dem Gericht stolz, das Ziel des Kampfes sei die Aufrichtung einer „Diktatur des Proletariats" gewesen. Hier tritt wieder der Unterschied der zivilen und der militärischen Methoden in Erscheinung, sich die Dinge zurecht zu legen. Auch hier herrscht Meinungsverschiedenheit über „Kriegsziele", und dem Militaristen Hölz kann das Kriegsziel gar nicht weit genug gesteckt sein, während der Zivilpolitiker Brandler, der aus seiner Praxis doch gewisse bestimmtere Vorstellungen von Sozialismus und Arbeiterbewegung mitgebracht hat, sich mit bescheideneren Zielen begnügt.

Hölz hat überhaupt keine inneren Beziehungen zur Arbeiterbewegung. Von der Theorie des Sozialismus mag er ungefähr ebenso viel wissen, wie ein durchschnittlicher Feldwebel von Kants Kritik der reinen Vernunft. Man darf annehmen, daß ihm Ideen jeder Art überhaupt im Grunde genommen gänzlich egal sind. Ihm ist jede Idee recht, die ihm Gelegenheit gibt, seine militärischen Talente zu entwickeln, die er augenscheinlich stark überschätzt.

Hölz war nämlich ein ebenso miserabler militärischer Führer, wie die Zivilkommunisten miserable politische Führer sind. Er liebt sein Handwerk, aber diese Liebe ist unglücklich. Ueber elende Stümperarbeit ist er nicht hinaus gekommen. Hunderte hat er planlos und unsinnig in den Tod geschickt.

Ist Hölz nun ein gemeiner Verbrecher? Die Frage ist schwer zu beantworten, da der Begriff des gemeinen Verbrechers nicht feststeht. Auf alle Fälle aber ist er eine jener Erscheinungen, wie sie nur am Ende eines großen Krieges möglich sind. Nach dem dreißigjährigen Kriege trieben es in Deutschland Hunderte und Tausende wie Hölz, das waren die Landsknechtführer, die durch den Frieden ihr Brot und den ganzen Inhalt ihres Lebens verloren hatten, und die nun weiter Krieg führten auf eigene Faust, weil in ihrem Gehirn eben für nichts anderes mehr Platz war als für Krieg.

So einer ist auch Max Hölz. Darum ist er, mag er nun ein gemeiner Verbrecher sein oder nicht, sicher kein politischer Verbrecher, keiner von denen, die einem großen Ziel zuliebe die Schranken des Gesetzes überschreiten. Viele, die unter seinem Kommando fielen, waren besser, weil sie gläubiger waren als er. . . . .

Sturm auf das Berliner Gewerkschaftshaus.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Am Mittwoch abend wiederholten sich vor dem Berliner Gewerkschaftshaus die Auftritte der Arbeitslosen aus der vergangenen Woche. Das Büro des Bauarbeiterverbandes wurde von den Arbeitslosen mit Gewalt und mit Hilfe von Dietrichen erbrochen. Ein Angestellter des Verbandes, der allein anwesend war, wurde verprügelt. Die Arbeitslosen stellten die Forderung, der Bauarbeiterverband möge bis Donnerstag seinen Vertrag mit der Stadt Berlin zurückziehen, sonst würde am Donnerstag ein neuer Sturm auf das Gewerkschaftshaus erfolgen. Mitglieder des Bauarbeiterverbandes waren an dem Vorgang nicht beteiligt. Die Arbeitslosen waren sämtlich unorganisiert.

Aus dem Büro der Berliner Gewerkschaftskommission wurde der Vorsitzende Sabath trotz seiner Weigerung über den Hof in den Saal geschleppt, um dort vor die versammelte Mannschaft gebracht zu werden. Gegen 3½ Uhr erschienen Beamte der Sipo. Genosse Sabath wurde von einer Abordnung der Versammlung aus dem Saal hinausbegleitet, um auf ihren Beschluß den Führer der Sipo über die Harmlosigkeit der ganzen Geschichte zu unterrichten und für die Freilassung etwa Verhafteter einzutreten. Die Sipo entfernte sich und die Versammlung tagte weiter.

Die „Freiheit" schreibt zu den Vorgängen in ihrer heutigen Morgenausgabe: „Es ist letzten Endes schon beinahe gleichgültig, um welchen Sachverhalt es sich handelte. Die Dinge werden an den Haaren herbeigezogen, um Konflikte zu konstruieren und der verhaßten Gewerkschaftsbürokratie eins auszuwischen." Eine Zuschrift an die „Freiheit" sagt, daß nur gelbe Provokateure oder Gesindel sich so bewegen konnten.

Betriebsrätewahl bei der Reichseisenbahn.

Am 16. und 17. Juni wählen die Arbeiter der Reichseisenbahn zum ersten Male ihre Betriebsvertretung nach einheitlichen Bestimmungen für das ganze Reich. Gleichzeitig erfolgt die Wahl der Beisitzer zu den Schlichtungsstellen.

Vor Jahresfrist wurden die Betriebsvertretungen bei den sieben Zweigstellen der Reichseisenbahn noch auf Grund von Länderverordnungen gewählt, die durch die zuständigen Landesregierungen erlassen waren. Jetzt erfolgen die Wahlen auf Grund von Verordnungen der Reichsregierung bzw. des Reichsverkehrsministers. Die Verordnung für die Betriebsrätewahl ist nach den Vorschriften des § 61 des BRG. und, soweit die Schlichtungsordnung in Betracht kommt, nach den Bestimmungen des § 104 Ziffer 2 BRG. über die Sonderschlichtungsausschüsse erlassen.

Nach der Betriebsrätevordnung sind zu wählen: Oertliche Betriebsvertretungen (Betriebsräte und Betriebsobleute) bei den Dienststellen, Bezirksbetriebsräte bei den Eisenbahn-Generaldirektionen, Eisenbahndirektionen und Eisenbahnbetriebsdirektionen, ferner ein Hauptbetriebsrat beim Reichsverkehrsministerium. Der letztere besteht aus 25 Mitgliedern und vertritt rund 600 000 Eisenbahnarbeiter.

Die Verordnung über die Errichtung von Sonderschlichtungsausschüssen bestimmt, daß Schlichtungsstellen bei jeder Eisenbahn-Generaldirektion und Eisenbahndirektion sowie ein Hauptschlichtungsausschuß beim Reichsverkehrsministerium zu errichten sind. Auf die Einzelheiten über die Zusammensetzung und die Zahl der Mitglieder kann hier nicht näher eingegangen werden.

An dem Ausgang dieser Wahl ist nicht nur die Eisenbahn-Arbeiterschaft lebhaft interessiert, sondern die gesamte freigewerkschaftliche Arbeitnehmerschaft Deutschlands muß der Entwicklung der Arbeitsrechtsverhältnisse und der Steigerung des freigewerkschaftlichen Einflusses bei der Reichseisenbahnverwaltung ihre größte Aufmerksamkeit schenken. Bei dieser Wahl kommt es darauf an, festzustellen, wie weit das Klassenbewußtsein der Eisenbahnarbeiterschaft erwacht ist, d. h. ob der freigewerkschaftliche Gedanke und die Erkenntnis der Klassenlage bei den Eisenbahnarbeitern neue Fortschritte gemacht hat. Es ist deshalb notwendig, ganz besonders die Eisenbahner an dieser Stelle nochmals auf die große Bedeutung der Wahl aufmerksam zu machen.

In der Hauptsache sind es drei Parteien, die um den Erfolg streiten: der „Deutsche Eisenbahner-Verband" ist als freie Gewerkschaft, die weitaus stärkste Organisation. Er hat bei der letzten Wahl im ganzen Reiche rund 350 000 Stimmen aufgebracht und ca. vier Fünftel aller Mandate erhalten. Dem Deutschen Eisenbahner-Verband folgten im großen Abstand die christliche „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner" mit rund 80 000 und der „Allgemeine Eisenbahnerverband" (Hirsch-Dunckersche Richtung) mit ca. 47 000 Stimmen. Die letztere Organisation ist nur in Preußen vertreten. Ihr Führer ist der in Eisenbahnerkreisen „berühmte" demokratische Abgeordnete Riedel, Mitglied des Preußischen Landtages für den Wahlkreis Frankfurt a. O. Wir sind leider gezwungen, uns hier etwas näher mit Herrn Riedel zu befassen. Im Preußischen Landtage wurde er als „Märchenerzähler von Lichtenberg" bezeichnet, weil er den Schwindel von der Ermordung der Schutzleute im Rathause zu Lichtenberg während der Märzkämpfe des Jahres 1919 weiterverbreitete. Bei den Eisenbahnern ist dieser Mann nicht etwa durch besondere Verdienste bekannt geworden, sondern durch seine besonderen „Fähigkeiten", die hauptsächlich auf demagogischem Gebiet liegen. So hat z. B. der Herr „Generalsekretär", wie er sich so gern selbst bezeichnet, im Dezember 1919 in einem Artikel des Lokalanzeigers die Eisenbahnverwaltung dadurch scharf zu machen versucht, daß er die Behauptung aufstellte, „die Eisenbahnverwaltung habe nicht den Mut, die nach seiner Ansicht zuviel vorhandenen rund 150 000 Arbeiter zu entlassen." Durch die bekannte Schließung einer großen Anzahl von Eisenbahnwerkstätten ging der Herzenswunsch Riedels in Erfüllung. Er sah seine Scharfmacherei von Erfolg gekrönt. Aber auch auf anderem Gebiete hat der A.E.V. unter Riedels Führung ähnliche Fähigkeiten entwickelt. Als im Herbst vorigen Jahres die Teuerungswelle nur in Preußen vertreten. Ihr Führer ist der in Eisenbahnergabe an das Reichsverkehrsministerium gerichtet, in der er mehrere Vorschläge machte, wie der Notlage der Eisenbahner abzuhelfen sei. Aber das Originelle an der ganzen Sache war, daß der A.E.V. in seiner Denkschrift gleichzeitig auch die Gründe dafür anführte, daß eine bessere Bezahlung der Eisenbahner aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. Die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner blieb ebenfalls nicht untätig. Auch sie trat auf den Plan, um den Nachweis zu führen, daß den Eisenbahnern mit der Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht geholfen sei, weil die sofortige Folge ein weiteres Sinken der Papiermark sei.

Im Wahlkampf gebärden sich diese Herren äußerst radikal. Wenn man ihre Artikel und Flugblätter liest und ihre Reden hört, könnte man glauben, alles, was im Tarifvertrage oder sonstwo für die Eisenbahner günstig geregelt ist, sei ihnen, dagegen sei alles, was irgendwo ungünstig und schlecht ist, dem D.E.V. zu verdanken. Sie spekulieren dabei auf die Dummheit und Unerfahrenheit der Eisenbahner in gewerkschaftlichen Dingen. So suchen die Gegner den Eisenbahnern vorzumachen, der D.E.V. und die Betriebsräte des D.E.V. seien an den Verschlechterungen schuld, die das Reichsverkehrsministerium bei Erlaß der neuen Betriebsrätevorordnung vorgenommen hat. Dabei steht aktenmäßig fest, daß es einzig und allein dem energischen Auftreten der Vertreter des D.E.V. zu verdanken ist, daß nicht noch weitere Verschlechterungen der Betriebsrätevorordnung und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen unter stillschweigendem Zuschauen der Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbände vorgenommen werden konnten.

Die Eisenbahner müssen beachten, daß nur die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, die in der Einheitsorganisation, dem Deutschen Eisenbahner-Verband, zusammengeschlossen sind, eine wirkliche Macht bilden, weil sie eng verbunden sind mit 8 Millionen deutscher Arbeitnehmer, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigt sind. Es ist von allen restlos auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Eisenbahnern unbedingt darauf zu achten, daß keine Zersplitterung der Stimmen zum Nachteil der freigewerkschaftlichen Listen dadurch herbeigeführt wird, daß auf den Dienststellen politische Listen propagiert werden.

Ueberall sind die Listen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes zu wählen. Andere Stimmzettel sind zurückzuweisen. Wo für einzelne Dienststellen keine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt ist oder wo, weil nur eine Liste vorliegt, keine Wahl für die Dienststellenvertretung stattfindet, sind trotzdem die zwei Stimmzettel des D.E.V. abzugeben. Sie haben in diesem Falle Gültigkeit für Bezirksbetriebsrat, Schlichtungsstelle, Hauptbetriebsrat und Hauptschlichtungsausschuß.

Die Gegner sind von uns im Wahlkampf entlarvt worden. Sie schäumen vor Wut und suchen sich durch allerlei Wahlmanöver und faustdicke Wahllügen zu rächen.

Kollegen! Eisenbahner, seid wachsam! Weist die in letzter Minute ausgestreuten Verdächtigungen und Verleumdungen mit aller Energie zurück! Sorgt dafür, daß alle Eisenbahner zur Wahl gehen.

Eisenbahner, laßt Euch nicht beirren!

Wählt allen Gegnern und allen Reaktionären bei der Reichseisenbahnverwaltung zum Trotz die freigewerkschaftlichen

Listen des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

An den Wahltagen lautet für alle Eisenbahner von Konstanz bis Tilsit und von Emden bis Berchtesgaden die Losung:

Alle Stimmen dem D.E.V.!

Stadttheater.

„Eine Nacht in Venedig."

Ich erschauere in Ehrfurcht vor dem Aufgebot an überschüssiger Phantasie, die die Stadttheaterintendanz verschwendet, um an dem odiösen Wort „Operette" vorbeizugondeln. Wir haben es bereits erlebt, daß waschechte Operetten zu „komischen" und „burlesken Opern" avanzierten; diesmal ist gar ein ominöses „Spiel aus dem Rokoko" daraus geworden. Das Libretto bietet zwar weder in seiner Handlung, seinen Charakteren, noch auch in seinem historischen Milieu irgendwo eine Handhabe dafür, daß wir uns diese abgedroschene Fabel von dem flirtenden Herzog, der sich durch das geistesarme Maskenspiel foppen und sich durch die reichlich abgetragenen Verkleidungsscherze narren läßt, partout im Rahmen des galanten Zeitalters sich abrollen oder, besser gesagt, sich mühsam durchdrücken und stotern, vorstellen müssen; aber die Epoche, in der die Kunstfertigkeit der feinen Erotik traditionsgemäß kulminiert, legt dem Kostümier, dem Dekorateur usw. geläufige und gern gesprochene Vokabeln in den Mund, deren Anwendung keine allzu große Mühe verursacht. Wenn man das Zeitkolorit ganz genau treffen will, dann bringt man in dem Empfangssaal des Herzogs zwei Wandgemälde an, die von Giotto oder sonst einem Trecentisten herrühren könnten, die gar seltsam auf die Gesellschaft in Reifrock — sehr praktisch für Gondelfahrten! — und Puderperrücke herabblicken. Das schöne Bühnenbild des dritten Aktes entwickelte eine Fernsicht, daß man vom Markusplatz nach Neapel zu blicken wähnte. Der Schauplatz des ersten Aufzugs wirkte in seiner drückenden Enge topographisch echt, bot dabei aber Gelegenheit zur Anordnung farbensatter Volksszenen, gut gegliederter Gruppenbewegungen. Der talglichtduftende Lampionkorso mußte den deutschen Zuschauer zweifellos davon überzeugen, wirklich „eine Nacht in Venedig" vor sich zu haben.

Was wohl das Publikum in so hellen Scharen in die „Nacht in Venedig" getrieben haben mag? Der verführerische Titel? Der Umstand, daß die Musik zu dieser Operette — pardon! — zu diesem „Spiel aus dem Rokoko" von Johann Strauß ist? Die Gewähr, daß man unter Meister Prüwers Stabführung eine künstlerisch abgerundete, fein geschliffene Musteraufführung zu hören bekommen mußte? Oder gar das feuchte, kühle Wetter, wo man gern unter einem schirmenden Dach zusammenrückt?

Der Kassenrapport dürfte sicherlich am Dienstag günstig lauten und vermutlich auch an der sich anschließenden Nachtserie. Denn Straußsche Walzer klingen eben immer schön, besonders wenn sie mit der schwärmerischen Grazie und dem beschwingten Ausdruck gespielt werden, wie es das Orchester tat, und wenn dazu auf der Bühne mit einer Lebendigkeit und Frische agiert wird, wie es die Damen Margret Ochs-Pfahl, Else Knepel, Gertrud Michaelis, Marga Reisch und die Herren Fritz Kuhl, Karl Siebold, Hans Faber und Karl Rudow taten. Nicht zu vergessen der Chor, der die Hand seines Herrn und Gebieters über sich spürte und einen wirkungsvollen, musikalischen Hintergrund abgab. gh.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	15./6.	14./6.		15./6.	14./6.
amerikan. Dollar	1,45	1,43	Schweiz. Franken	8,58	8,58
englische Schilling	7,83	7,08	Oesterr. Kronen . .	715,30	690,61
französ. Franken	18,09	17,91	polnische Mark. .	—,—	—,—
holländ. Gulden	4,35	4,33	tschechosl. Kronen	104,55	105,09

Vereinskalender.

Sportlertell. Donnerstag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtige Tagesordnung. Alle Organisationen müssen vertreten sein.

~~Hausmeisterversammlung.~~ Die am 20. Juni einberufene Versammlung fällt weg. Es werden im Juli in jedem Viertel öffentliche Hausmeisterversammlungen abgehalten werden, näheres wird an dieser Stelle bekannt gegeben. Siehe lokaler Teil.

Die Verbandsleitung.

Stadt-Theater.
Donnerstag 7 Uhr:
„Eine Nacht in Venedig".
Freitag 6½ Uhr: „Aïda".
Sonnabend 7 Uhr:
„Der Freischütz".

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545.
Donnerst., Freitag 7½ Uhr:
„Mascottchen".
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Die Postmeisterin".
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Die Rose von Stambul".
Sonntag u. täglich 7½ Uhr:
„Die Postmeisterin."

Liebich-Theater
Letzte 7 Tage!
Paul Westermeier
in
„Der Juxbaron"
In Vorbereitung:
„Das Vagabundenmädel"
Musik von Gilbert.

Wascht mit
Wecker Seife
Schutz-Marke
hart und vollwichtig
– so ist's richtig –

Zeltgarten
Einziges Sommer-Varieté
Ab 16. Juni
Neues Programm
U. a.: 2735
Emil Weißheise
der württemberg. Athlet
Fr. Sattler-Zander
Koloratur-Sängerin
2 Serannes
Miniatur-Theater
Fritzi Funke
die beliebte
Vortragskünstlerin
Lieselly u. Partner
Zahnkraft-Leiterakt
Walter Tielemann
Humorist
Walters
Die Flucht durch das
Schlüsselloch
Henning Faß
Gesang und Tanz
Vorverkauf **Barasch**
und **Tageskasse.**
Jeden Sonntag von 11—1 Uhr:
Matinee

Dominikaner!!!
Im herrlichen Garten-Varieté!
Dezemes Bombenprogramm
der 2650
Leipziger Bravour-Sänger
Neu-Disziplin. Kalte Dusche.
Paul Wallis, Sächs. Urkom.
Erstklass. Quartette.
Solos und Duos.

Großer Weidendamm
MONTAG DONNERSTAG SONNTAG
TANZ
Mittwoch u. Freitag **Gr. Konzert**

Rheinweine
à Flasche 18.50, 21.00
Moselweine
à Flasche
14.00, 15.00, 16.00, 18.00, 21.00
Div. Rotweine
à Fl. 11.00, 12.50, 15.00, 18.50
(ohne Steuer)
Carl Schirdewan
Breslauer Kornbranntwei., Likörfabrik und Weingroßhdlg.
Breslau 4, Kleinstr. 182/184
Verkaufsstellen:
Blücherplatz 11
Sternstraße 42
Neudorfstraße 68
Matthiasstraße 102
Kaiser-[illegible]enstraße 9
Friedrich-Wilhelmstr. 45
Messergasse 19/2.
Brockau, Breslauerstr. 2

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Mutter und Kind
von Georg Sticker
Wie man heikle Gegenstände mit Kindern behandeln kann.
Gebunden 1,25 Mark.
Buchhdlg. Volkswacht,
Modernes Antiquariat,
Breslau 3, Neue Graupenstr. 5

Hedwig-Spiele
Konzerthaus, Gartenstraße
Freitag, den 17. Juni 1921, nachm. 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung
Preise Mk. 3.30 und 1.65
2558
Freitag, den 17. Juni
Sonnabend, „ 18. „
Sonntag, „ 19. „
Montag, „ 20. „
7 Uhr abends
Unwiderruflich letzte Aufführungen!
Vorverkauf an der Konzerthaus-Kasse,
Verkehrsbüro Barasch und Hainauer.

Achtung! 2728 **Achtung!**
Distrikt 13 der S. P. D., Nikolaitor.
Am Sonnabend, den 18. Juni,
in Müllers Festsälen, Pöpelwitzstraße 15/19:
Sommernachtsball
verbunden mit verschiedenen Ueberraschungen.
Die Genossinnen und Genossen der umliegenden Distrikte werden hiermit ergebenst eingeladen. Das Komitee.

Gräbschener Straße 94 a. **Wartburg** Tel. Ohle Nr. 738.
Mosaik-Diele
Kein Weinzwang = Angenehmer Aufenthalt
Heute Donnerstag: Vornehm. Ball
Erstklassige Musik :: Tanz-Vorführungen
Täglich Betrieb. 2725

Distrikt 20. 2739
Sonnabend, 18. Juni, im „Bergkeller"
Großer Sommernachts-Ball
mit verschiedenen Ueberraschungen.
Auftreten eines Konzertsängers.
Karten sind noch an der Kasse zu haben.
Anfang 6 Uhr. Ende 11½ Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet Die Distriktsleitung.

Konzerthaus
Telefon: Ring 1092 **ZOO** Telefon: Ring 1092
Täglich ab 3½ Uhr
Große Konzerte
des Bombéry Miksa-Orchesters
Dirigent: Max Homberg.

Gr. Rosen- u. Blumenfest
Sonnabend, den 18. Juni 1921, im Schießwerder.
Beginn: Nachmittags 4 Uhr. 2727
Rosen- und Blumendarbietungen
Verlosung und Kinderbelustigungen
Tanz in beiden Sälen
Eintritt: Erwachsene 1,15 Mk., Kinder 60 Pf.
Alles Nähere an den die Plakatsäulen.
Schlesische Gartenbau-Gesellschaft Breslau.

Etabliss. Wilhelmsburg Neudorfstraße 54.
Heute Donnerstag: 715
Großer Tanz!

Jungmuttersorgen
Eine Anleitung zur Pflege des gesunden Säuglings von
Dr. Wilhelm Fischer
kartoniert nur Mark 2.25
auswärts Porto-Zuschlag
Buchhandlung „Volkswacht"
Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5

Wanzen, Läuse, Motten 1070
Radikal-Ausräucherung unter Garantie. Schriftliche Angebote an F. Kramm, konz. Kammerjäg., Breslau, Martinistr. 2.

Wir empfehlen:
Joh. Ferch
„Die Flucht vor dem Kinde"
Preis 90 Pf.
Buchhandlung Volkswacht
Breslau, Neue Graupenstraße 5.

ZEPTER-KINO Klosterstr. 47
Riesen-Schlager-Programm:
Die Benefizvorstellung der vier Teufel
oder:
Die Herrin der Luft
nach den Motiven:
Tötende Eifersucht
6 Akte. — Dazu
Lotte Neumann in
Prinzeßchen
oder:
Der Mann, den Frauenaugen schwächen.
— 4 Akte. —

Erkläre alle gegen Frau Martha Rauer erhoben. Beschuldigungen für unwahr, leiste hiermit Abbitte u. warne jed. vor Weiterverbreit. Fr. Paul Kleinert, Sadowastr. 24

Schauburg
Victoria-Theater
Neue Taschenstrasse
Heute letzter Tag
Anfang 4 Uhr!
DK
2 Minuten vom Hauptbahnhof!
Friedrich-Wilhelmstraße 35
In beiden Theatern — 3 Stunden-Programm
Von Kleinburg nach der Weißgerbergasse
könnte man, auf Breslau zugeschnitten, den Film
„Die Flucht Wahnschaffes aus dem goldenen Kerker"
richtig nennen. Hauptrollen:
Kraus, Kupfer, Veidt, Madeleine
6 Akte.
Motto: „Geld verdirbt die Menschen."

Außerdem:
Um den Sohn
oder:
Die Liebschaft des Büromädels
6 Akte. Motto: „Arm aber achtbar".
Nur in der Schauburg: **Varietéschau:** Nur im DK: 668
Irene Fiedler singt: Die Grünzeugmieze vom Neumarkt. | **Paul Rainer** singt: Ostmarkenlied, Breslaulied.
Voranzeige! Ab **Freitag:** In beiden **Theatern** Das große **Ueberraschungsprogramm**

Tuchhaus Ernst Heinze
vorm. **Max Scholz — Goldene Radegasse Nr. 7.**
Am **Donnerstag, den 16. Juni,** beginnt mein 2734
Großer Saison-
Räumungs-Ausverkauf
Ich gewähre, ohne Rücksicht auf die bisher schon bedeutend herabgesetzten Preise, bei sämtlichen Herren- und Damenstoffen einen
Kassen-Sonder-Rabatt bis 20%
Große Auswahl in **Anzug-, Cutaway-, Schlüpfer-, Paletots-** (bayr. Loden) und **Ulsterstoffen,** sowie **Cords-** und **Waschstoffen.**
Reste und **Futterstoffe — außergewöhnlich billig.**
Niemand versäume von diesem äußerst günstigen Angebot Gebrauch zu machen.

SOEBEN ERSCHIENEN:
Der Weg zum eigenen Heim
von ERNST BENTHE, Gewerbelehrer, Breslau :. Selbstverlag. Preis 2 Mk. und 10% = 2.20 Mk. :. Der Reinertrag dient zur Förderung der Heimstättensache.
Buchhandlung Volkswacht • Breslau III.

Pfänder-Auktion
den 24. Juni. Verläng. nur bis 21. Marianenstraße 6.

Möbel
zu enorm billigen Preisen. Größte Auswahl in Schränk., Vert., engl. Bettst., Schlafzimm., Küch., Sof., Chaiselong., auch Teilzahlung, bei
J. Ei-inger
Schweidn. [illegible]

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Flatow:
Kommentar zum Betriebsrätegesetz
nebst Wahlordnung u. den Ausführungsbestimmungen.
71-80000.
Vollständig umgearbeitet, neuer Druck und Ausstattung.
• Neu! •
Betriebsbilanzgesetz. Heilerarbeitsordnung. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums
Preis:
Geh. [illegible] geb. 12 [illegible]
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

! Frauen !
Wenden Sie sich sofort bei krankh. monatl. Störungen 2580
nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Erfolge b. m. Präparate. Viele freiwillige Dankschreiben. Frau D. schreibt: Heute holte ich mir Ihr Mittel und morgen trat der Erfolg ein. Pr. 9, 15, extra stark 25 M.
Gummiwaren, Spülspritzen, Wegflußmittel
Katalog gegen 30 Pfg. Marken
Frau M. Böhm, Breslau II, Gräbstr. 2, 5 Min. v. Hauptbhnh.

Frauen
und Mädchen keine Sorge bei Ausbleiben und Störung der
Monatsregel
Meine tausendfach bewährten garantiert unschädlichen
Menstruationspräparate
bringen Ihnen sichern Erfolg
ohne Berufsstörung
Schreiben Sie mir sofort. Weißflußmittel, Spülspritzen, Irrigatoren, sämtl. hygienische Gummi-Artikel empfiehlt
Rübiger, Breslau 13
Augustastr. 146, III, Nähe Hauptbh.
Versand per Nachnahme.

Zu kaufen ges.:
Sie! 2211
erreichen die höchsten Preise
für Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zink
im Metallkontor,
Albrechtstraße 54.

Pistolen
und Revolver, kleine Modelle, sowie Jagdgewehre kauft
Arthur von Lukinski, 1074
Bohrauerstraße 1/3, fünf Minuten vom Hauptbahnhof.

Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Rugling, Enderstraße 4.

Zum Verkauf:
Kavalier-Garderobe
wenig getragen, zum Teil Friedensware.
Neue Anzüge
fertig u. nach Maß, prima Stoffe, teils Fabrikreste.
Billig! Billig!
43 Klosterstr. 43
2634

Breslauer Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, I. Etage
Freitag und Sonnabend 2736
Großer Hammelfleisch-Verkauf!

Hammelfleisch	à Pfund		**11.—**
Hammelkeule	à	„	**12.—**
Rinder-Suppenfleisch	à	„	**11.—**
Rindfleisch ohne Knochen	à	„	**13.—**
Pökelkamm und **Rippenspeer**	à	„	**15.—**

sowie folgende Wurstwaren zu Ausnahmepreisen:

Knoblauchwurst	à Pfund		**10.—**
Leberwurst	à	„	**10.—**
Preßwurst	à	„	**12.—**
Talg in 1 Pfund-Packung	à	„	**10.—**
Wurstfett	à	„	**8.—**
Preß- und **Leberwurst**	Kilo-Dose		**6.50**

Breslauer Fleisch-Zentrale
Schmiedebrücke 21, I. Etage

Wir empfehlen:
C. Hauptmann †
Er und über ihn.
Preis nur 3,50 Mk.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtl. Kolporteuren entgegengenommen.

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Jedes Wort 50 Pf., fett 1 M.

Kinderwagen, fast neu, (Korb u. Gummir.), tausche geg. Sportliegewagen ein. Böttcher, Steiman a. D., Breitestraße 8.

Bl. Anzug verkauft billig von 4—6 Uhr Bielsch, Schießwerderstraße 4.

Kinderwagen mit Gummir. preiswert zu verk. bei Schael, Roßpoststraße 24. G 246

Geige, gute, zu verkaufen bei Pfeiffer, Margaretenstraße 28, II. G 235

Kleines Wörterbuch der Naturwissenschaft
Enthält über 2000 Stichwörter
· Nur 80 Pf.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes, sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Arbeitsmarkt

Herren u. Damen jeden Standes haben bequemen Nebenverdienst durch Vertrieb eines ganz neuen 980
Konserven-Schließ-Apparates
in Privat-Haushaltungen, Pensionen, Hotels usw. Kaution nicht erforderlich. Off. u. 1518 an Ann.-Weiß, Hirschberg.

Frauen
aus der
Eierbranche
gelöst im
Eierleuchten
sofort gesucht.
E. Kretschmer
Eier en gros
Karlstraße 44.
1072d

Sozialdemokratie und Landwirtschaft
von **Georg Schmidt**
Preis nur 60 Pf.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtl. Kolporteuren entgegengenommen.

„Der wahre Jakob"
60 Pfg.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtl. Kolporteuren entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur Reinhold Dorf. — Redaktion: Flurstraße 4. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute, abends 7½ Uhr:

Partei-Funktionär-Versammlung

bei Exner, Mauritiusplatz. Erscheinen aller Parteifunktionäre Pflicht! — Parteimitgliedsbuch und Ausweiskarte an der Tür vorzeigen.

* * *

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen.

Die nächste Sitzung findet Sonnabend in acht Tagen, am 25. Juni, abends 8 Uhr im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses statt. 1. Die Wahrheit über Steiner. 2. Der Entwurf zum Reichsschulgesetz.

* * *

Abteilung Süden. Freitag, den 17. Juni, abends 7½ Uhr, bei Kirchner, Goethestraße, Ecke Zobtenstraße, findet eine Funktionärsitzung statt.

Die Tarifbewegung der Angestellten vor dem Abschluß.

Man schreibt uns:

Endlich stehen die Tarifverhandlungen für etwa 20 000 kaufmännische und technische Angestellte Breslaus vor dem Abschluß. Seit Januar dieses Jahres stritten in zahlreichen Verhandlungen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter hartnäckig um jede Position des neuen Vertrages. Oft schien eine Einigung unmöglich. Erst ein Streik der Angestellten in der Metallindustrie und die drohende Arbeitseinstellung in anderen Branchen veranlaßten die Arbeitgebervertreter, ihre Unnachgiebigkeit etwas zu mildern und endlich soviel Entgegenkommen zu zeigen, daß ein annehmbares Ergebnis erzielt wurde. Es ist selbstverständlich unmöglich, im Rahmen eines kurzen Zeitungsartikels ein auch nur einigermaßen erschöpfendes Bild von den Abmachungen zu geben; das muß Aufgabe der Fachpresse bleiben. Um jedoch wenigstens den Angestellten, soweit sie Leser der „Volkswacht" sind, einige Anhaltspunkte zu bieten, seien im folgenden die wichtigsten Bestimmungen über die Regelung der Gehaltsfrage wiedergegeben.

Die Gehälter der Angestellten setzen sich in Breslau zusammen aus dem sogenannten Grundgehalt und einer Teuerungszulage, die von einem besonders geschaffenen Lohnamt errechnet wird. Das Grundgehalt sollte den Lebensverhältnissen am Ende des Jahres 1919 entsprechen, es war aber offenbar zu niedrig. Leider konnten bei dem damaligen Tarifabschlusse auch nicht restlos alle berechtigten Wünsche der Angestellten durchgesetzt werden und schließlich hoffte man auf einen Rückgang der damals bereits recht ansehnlich gestiegenen Preise. Statt dessen setzte im Laufe des Jahres 1920 erneut eine äußerst scharfe Preissteigerung ein. Das Lohnamt ermittelte die Indexziffern und trug der Preissteigerung ziemlich Rechnung, wobei sich aber dennoch die Lage der Angestellten fortdauernd verschlechterte, denn die Teuerungszuschläge ruhten auf viel zu niedrigen Grundgehältern. Die Vertreter der Angestellten, die eine Erhöhung dieser Grundgehälter forderten, stießen auf erbitterten Widerstand der Arbeitgeber, die insbesondere den jüngeren Angestellten keinerlei Zugeständnisse machen wollten. Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes für den Einzelhandel, Herr Ehrlich, tat in einer Verhandlung den Ausspruch:

Keinem Arbeitgeber in Breslau geht es so gut, wie den Angestellten der Gruppen I und II!

Die Gruppen I und II sind, das sei hier zum besseren Verständnis gesagt, die niedrigsten Gehaltsgruppen des Tarifes und das nach diesen Gruppen entlohnte Gros der Angestellten geht mit Gehältern zwischen 600 bis etwa 900 Mark monatlich heim. Man kann den Zynismus nicht gut weiter treiben, wie das seitens dieses Arbeitgebervertreters geschehen ist und die Angestellten mögen an diesem Wort die ganze Rücksichtslosigkeit ermessen, mit der sich die Arbeitgeber gegen jedes nennenswerte Zugeständnis sperrten. Die herausgeholten Zugeständnisse sind denn auch recht unzulänglich und es wird künftig stärkerer Druckmittel bedürfen, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Die Regelung der Gehaltsfrage steht noch immer aus für die Holzindustrie und das Speditionsgewerbe. Für die anderen Branchen wurden folgende Vereinbarungen erzielt: Es werden gezahlt für kaufmännische Angestellte Zuschläge auf das bisherige Grundgehalt und die Teuerungszulagen in Prozent:

Angestellte der Gruppe in	I	II bis zu 25 J.	II über 25 J.	III	IV
Metall-, Tabak-, Brauerei-, Schuh-, Schirm-, Hut-, Textil-, Papierindustrie, Betonbau, Zeitungsgewerbe und Konfektion	5	5	7½	12½	17½
Färbereien	2½	2½	4	12½	17½
Großhandel Klasse A	2½	3	4	12½	17½
„ B	3	5	7½	12½	17½
„ C	5	5	7½	12½	17½
Mühlenindustrie, Saaten, Futtermittelhandlungen 2c. Klasse A	2½	3	4	12½	17½
„ B	5	5	7½	12½	17½
„ C	5	5	7½	12½	17½
Einzelhandel Klasse A	2½	2½	4	12½	17½
„ B	2½	5	5	12½	17½
„ C	4	5	7½	12½	17½
„ D	5	5	7½	12½	17½
Bresl. Konsumverein Kontorpersonal	5	5	7½	12½	17½
Lagerhalter	—	—	—	—	15
Verkäuferinnen	5	—	—	—	—

In der Schirmindustrie und in Färbereien werden die Zulagen für Hilfskräfte erst vom 20. Lebensjahre ab gewährt und betragen für die Schirmindustrie 4 Prozent, für Färbereien 2½ Prozent. Sogenannte jugendliche Angestellte ohne Lehrzeit und Lehrlinge erhalten keine Erhöhung ihrer Bezüge. Alle Gehaltserhöhungen sind rückwirkend ab 1. Januar 1921 zu gewähren, ausgenommen bei Färbereien, in denen die Rückwirkung auf 1. Mai festgesetzt ist. Die Arbeitgeberverbände empfehlen ihren Mitgliedern dringend, übertarifliche Zulagen auch künftig in gleicher Höhe wie bisher zu gewähren. Die Zuschläge verstehen sich allerdings nur auf das bisherige Tarifgehalt, nicht auch auf solche übertarifliche Bezahlung.

Wir glauben, mit dieser Aufstellung den Angestellten ein wertvolles Hilfsmittel in die Hand gegeben zu haben, um leicht zu erkennen, was ihnen jetzt zusteht. In nächster Zeit werden die Tarifverträge im Druck erscheinen und genaue Angaben enthalten, was für jeden Angestellten der betreffenden Industrie — oder Handelsgruppe gilt. Die Nachzahlung der Gehaltszulagen kann bereits jetzt gefordert werden. Die Zahlung des tariflichen Gehaltes oder Nachzahlung verweigert wird, übernimmt es der Zentralverband der Angestellten, für seine Mitglieder die Forderungen durchzuführen. Jeder Angestellte tut daher gut, sich alsbald, soweit es nicht bereits geschehen ist, seiner gewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverband der Angestellten, Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17 IV, anzuschließen. Nur eine starke Organisation verbürgt auch den Angestellten künftig eine wirksame Verbesserung ihrer Lebenslage.

Die Firma C. Lewin und ihre Arbeiter.

Die bekannten Vorgänge der letzten Tage, wo die Gebrüder Lewin verhaftet wurden, gaben die Veranlassung dazu, daß Angestellte und Arbeiter am Mittwoch nachmittag eine Betriebsversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses abhielten. Zu der überaus stark besuchten Versammlung waren auch Vertreter der Gewerkschaften erschienen.

Der Vorsitzende des Betriebsrates, Probst, wies eingangs der Versammlung darauf hin, daß sich schon seit etwa 1½ Jahren die Hetze des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes gegen die Chefs der Firma richtet. Da es aber nun schon gar so weit geht, daß beide verhaftet wurden, muß die Arbeiterschaft Stellung dazu nehmen.

Rechtsanwalt Dr. Riesenfeld gab sodann ein Bild von den Ereignissen der letzten Zeit, wie unverantwortliche Elemente, Angestellte, die früher im Betriebe beschäftigt waren, sich gefunden haben, um dem Deutschvölkischen Schutzbund Vorspanndienste zu leisten. Diese ehemaligen Kollegen bringen es fertig, durch völlig erfundene Angaben die Weiterführung des Betriebes in Frage zu stellen. Die Arbeiterschaft aber erklärt sich bereit, die Firmeninhaber unterstützen zu wollen, und erhebt Protest dagegen, daß solchen fragwürdigen Elementen geglaubt wird, Leuten, denen zuzutrauen ist, daß sie für einige tausend Mark einen Meineid leisten.

Durch Erheben von den Plätzen wurde den Chefs das Vertrauen ausgesprochen und folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Sämtliche bei der Firma C. Lewin beschäftigten Angestellten und Arbeiter nehmen mit Entrüstung Kenntnis von den Machenschaften des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes gegen die Firma C. Lewin. Sie stehen einmütig in dieser Angelegenheit der Firma zur Seite und erklären, soweit die Angestellten und Arbeiter Einblick in die Betriebe haben, daß Gesetzesverstöße nicht vorgekommen sind. Die Versammelten protestieren auf das Schärfste gegen die Maßnahmen der hiesigen Staatsanwaltschaft, veranlaßt durch eidesstattliche Aussagen von minderwertigen Elementen, durch welche die vollständige Schließung sämtlicher Betriebe herbeigeführt werden kann, wodurch die bei der Firma beschäftigten 1500 Angestellten und Arbeiter dem Elend preisgegeben würden.

Die Versammelten verlangen, daß das Verfahren gegen die Firmeninhaber in beschleunigter Weise durchgeführt wird, damit die Unruhe in der Oeffentlichkeit beseitigt und eine Schließung der Betriebe vermieden wird, die zu einer erheblichen Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen würde."

* * *

Nachdem die beiden Brüder Lewin gegen Kaution aus der Haft entlassen sind, stellt sich die Begründung ihrer Verhaftung durch den Untersuchungsrichter, einen Assessor Stenzel, sehr eigentümlich dar. Wie wir hören, soll nur ein einziger Belastungszeuge vorhanden sein und dieser ist ein ehemaliger Angestellter der Firma, gegen den sie bereits Anzeige wegen Erpressung erstattet hatte. Die Angaben dieses Belastungszeugen enthalten nur ganz unbestimmte Angaben über die angeblichen Verfehlungen der Firma. Seine Aussagen wurden veranlaßt durch die Schadenersatzklage der Firma gegen den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund in Höhe von einer Million Mark wegen nachweislich falscher Behauptungen über ihre Kriegsgeschäfte. Der die Untersuchung führende Assessor, der die Verhaftungsbefehle erließ, war, wie wir hören, bis vor kurzer Zeit selbst Angestellter des hiesigen Vertreters und Anwalts des Schutz- und Trutzbundes.

Die Breslauer Hausmeister und ihr Tarif.

Schon einmal haben wir an dieser Stelle, am 7. Juni, bekannt gemacht, daß der Tarif der Hausmeister gültig ist. Die Hausbesitzervereine sind von der Verbandsleitung ersucht worden, in ihren Mitgliederkreisen darauf hinzuweisen, daß die Bezahlung der Hausmeister nach Tarif geregelt werden muß, aber trotzdem stehen die meisten Hausbesitzer auf dem Standpunkt, sie brauchten nichts bezahlen. Am 30. April hat das Amtsgericht zu Breslau die Gültigkeit des abgeschlossenen Vertrages anerkannt, die Beisitzer zu einem Schiedsgericht ernannt, und die Hausbesitzervereinigung verurteilt, die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Behauptung der Hausbesitzer, es besteht kein Tarif, ist unwahr. Alle Streitigkeiten, die sich aus dem Vertrage ergeben, regelt nun ein zu diesem Zweck eingesetztes Schiedsgericht, das beiden Parteien zur Verfügung steht. Die Hausmeister haben sich sofort an ihre Organisation, Margarethenstr. 17, Zimmer 11, zu wenden. Siehe Vereinskalender.

Breslauer Volkstag.

Der Festzug am 19. Juni, nachmittags 1.30 Uhr, auf dem Schloßplatze beginnend und nach Durchschreiten der Schweidnitzerstraße, der Albrechtstraße, des Dominikaner-Platzes, des Ohlau-Ufers, der Kaiser- und der Tiergartenstraße gegen 3½ Uhr nachmittags am Zielpunkt der Jahrhunderthalle endend, bildet den großen Auftakt zum Volkstage. Geführt von einer berittenen Kapelle, wird er in seinen drei Hauptgruppen die Jugend, die Berufe, Sport und Vereine zu versinnbildlichen haben. Es wird mit einer Teilnehmerzahl von 12 000 Personen und einer Länge von etwa 3 Kilometern gerechnet. Die Zugzusammenstellung der ersten Gruppe ist unter tätiger künstlerischer Mitarbeit des Vereins der Plakatfreunde erfolgt, der sich dadurch ein großes Verdienst um das Gelingen des ganzen Planes erworben hat.

Allen voran, unmittelbar hinter der Kapelle, fährt der Wagen der Wohltätigkeit; es folgt die soziale Fürsorge in ihren verschiedenen Zweigen — Säuglingsfürsorge, Schulkinderpflege, Horte, Waisen- und Kinderfürsorgeamt —, dann Schrebergärtner, ein Rattenfänger von Hameln und der Festwagen der Plakatfreunde, betitelt „Der Klapperstorch". Ihnen schließen sich Gruppen von Kindern mit allerhand Spiel- und Schulgerät an, Wagen der Firmen Ammann, Barasch und Schäffer, Märchergestalten und Wandervögel; Jugendsportler bilden den Beschluß der ersten Abteilung. Die zweite erhält ihr Gepräge durch die Teilnahme zahlreicher Beamten-, Angestellten- und die von Direktor Freter gestellten Handwerker-Gruppen. Die Firma Daum wird sich mit einem besonderen Richtfestwagen beteiligen, die Firma Alfred Schmidt mit einem Wagen, der das Schuhmacherhandwerk versinnbildlicht. Auch die Tätigkeit des Lehrlings im Kontor wird gezeigt werden. Abteilung III leitet der Wanderbund Jahn ein, der Deutsche Radfahrerbund, Gau Breslau, bildet seinen und des Festzuges Schluß. Dazwischen finden die verschiedenen konfessionellen und weltlichen Jugendvereine, Gesang-, Musik- und Sportverbände ihren Platz. Der Turngau Breslau wird allein mit fünf, der Breslauer Ruder- und Kanu-Verein mit 3 Festwagen vertreten sein und es wird wohl ohne Uebertreibung gesagt werden können, der Festzug, dem Sonnenschein und milde Witterung beschieden sein mögen, habe uns gezeigt, die deutsche Jugend wie sie heranwächst, wie sie arbeitet und wie sie ihre freie Zeit verbringt.

Gelingt das, dann hat der Zug sein Ziel erreicht: Interesse zu wecken im weitesten Sinne für unsere deutsche Jugend, der zu dienen, der Volkstag berufen ist.

So sehen sie aus.

Von einem Leser unseres Blattes, der am Sonntag der Predigt des Pfarrers Pfennig in der St. Adalbertkirche beiwohnte, erhalten wir folgende Zuschrift:

Aus dem Artikel „Volksfreunde im schwarzen Rock" in der Mittwochnummer der „Volkswacht" habe ich ersehen, daß der schon von jeher als Sozialistenfeind bekannte Herr Pfarrer Pfennig von St. Adalbert in trautem Verein mit zwei evangelischen Kollegen gegen die sozialdemokratische Maifeier in recht unduldsamer und wenig christlicher Weise Stellung genommen hat. Das Arm in Armgehen dieses Pfarrers mit evangelischen Geistlichen wirkt um so eigentümlicher, als er sich gerade in seiner letzten Predigt, die Evangelischen dermaßen vorknöpfte, daß kein gutes Haar an ihnen blieb. Nicht nur, daß er den Evangelischen überhaupt jedes „wahre Christentum" absprach, stellte er sie auch als bemitleidenswerte Geschöpfe hin, die für die frevelhafte Tat Luthers eigentlich nicht dafür könnten und nach Herrn Pfennigs Anschauung jetzt in tiefster geistiger Finsternis umherliefen. Das war ungefähr der Sinn seiner Predigt.

So also begeifern sich von der Kanzel herunter die Geistlichen beider Richtungen, sie sind aber im selben Augenblick einig, und umarmen sich, wenn es sich darum handelt, der verhaßten Sozialdemokratie eins auszuwischen, und sie in ihren Lebensäußerungen zu beschränken. Dafür ist ja der von der „Volkswacht" veröffentlichte Brief höchst charakteristisch.

Geistliche vom Schlage eines Pfarrer Pfennig und Pastor Fuchs haben durch ihren Fanatismus und ihre Unduldsamkeit schon Jesus um die Ruhe im Leben und zum Tode ans Kreuz gebracht. Diese „Frommen" sind sich gleich geblieben von damals bis auf unsere Tage. Ich empfehle den Herren Pfennig, Schramm, Seibt und Fuchs Matth. 23 zum eingehendeen Studium.

---

* **Stadtrat Emil Neukirch** feiert am heutigen Tage seinen 50. Geburtstag. Wir wünschen unserem langjährigen Redaktionskollegen, Freunde und Mitarbeiter, noch recht viele Jahre erfolgreichen Wirkens in der Breslauer Arbeiterbewegung.

* **Ein Prospekt des „Kosmos"** liegt unserer heutigen Stadtauflage bei, auf den wir hiermit besonders hinweisen.

* **Achtung Goldarbeiter!** Die Besichtigung des Elektrizitätswerkes am Sonntag, den 19. Juni, fällt umständehalber aus.

* **Bericht der Butternotierungskommission Breslau.** Erzeugerpreise am 14. Juni: Molkereibutter 1. Qualität je 50 Kilogramm 1850 Mark, 2. Qualität 1600—1750 Mark, abfallende Butter Preis nach Qualität. Die Preise verstehen sich einschließlich Verpackung frei Breslau. Marktitendenz: ruhig.

* **Von der Oberschlesier-Sammlung** ist die Liste Nr. 672 verloren gegangen. Es wird ersucht, auf diese Listen-Nummer zu achten, sie anzuhalten und weitere Zeichnungen darauf nicht mehr vorzunehmen.

* **Sozialistische Studenten-Gemeinschaft.** Freitag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50/51, Mitgliederversammlung. Vortrag des Herrn Dr. Neisser über „Sozialistische Außenpolitik". Erscheinen aller Mitglieder unbedingte Pflicht, Gäste herzlich willkommen.

* **Postverkehr mit Belgien.** Belgien hat den Postanweisungsverkehr in der Richtung nach Deutschland wieder aufgenommen. Vom 15. Juni an sind auch Postaufträge und Postnachnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen sowie auf Briefen und Kästchen mit Wertangabe nach und aus Belgien wieder zugelassen.

* **Schauspielhaus** (Operettenbühne). Die erste Aufführung der Operette „Die Postmeisterin", am Sonnabend, den 18. Juni, beginnt um 7 Uhr.

* **Doppelselbstmord.** Am 14. Juni, früh, wurden in einer Wohnung, Schleiermacherstraße 30, der Inhaber der Wohnung und ein Fräulein als Leichen aufgefunden. Sie hatten sich erschossen, um damit ein Liebesverhältnis, das zwischen ihnen bestand, zu beschließen. Es handelt sich um den Magistratsbeamten U., der 27 Jahre alt, verheiratet und Familienvater war, und die 21 Jahre alte Verkäuferin Gertrud Sch. von der Posener Straße. Die Eltern des Fräuleins sollen ihre Tochter am Abend vorher in der Wohnung des U. gesucht und vermutlich schwere Maßregeln angedroht haben, was dann das Liebespaar zu dem Entschluß geführt haben muß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Die Familie des U. ist zurzeit abwesend. Die beiden Leichen sind in das Schauhaus gebracht worden.

* **Ueber den „Raubanfall im Kahn"** meldet jetzt der Polizeibericht: Am 4. Juni, gegen 4 Uhr nachmittags, sind auf der Ohle an der Zweipfennigbrücke 3 junge Mädchen, die in Badeanzügen in einem Boot stromaufwärts fuhren und ihre sämtlichen sonstigen Bekleidungsstücke im Boot liegen hatten, von mehreren Personen im Alter von 17—20 Jahren, die dort badeten, belästigt worden, indem sich diese an das Boot hängten, es so stark schaukelten, daß es kippte und die Insassinnen und die im Boot befindlichen Sachen in das Wasser fielen. Da die 3 Mädchen schwimmkundig waren, konnten sie einen Teil ihrer Sachen auffischen und mit dem Boot ans Ufer schaffen. Von den übrigen Sachen fehlen: 1 graues Leinenkleid mit Wildledergurt, 1 Paar braune Halbschuhe, 1 Seifendose mit Seife, 1 goldene Damenuhr mit langer silberner Kette (auf dem hinteren Deckel außen L. F. eingestochen), 1 weißes Kreppkleid mit lila Band, 1 braunes Damengeldtäschchen mit etwa 30 Mark, 2 Schlüssel und 2 Kämme — zusammen Wert 1700 Mark. Es wird vermutet, daß einzelne der die Mädchen belästigenden Personen die genannten Sachen an sich genommen haben, und diese werden, um sich vor dem Verdacht des Diebstahls zu schützen, aufgefordert, sich ohne Verzug im Zimmer 55 des Polizei-Präsidiums zu melden. Auch diejenigen, die Angaben zu dieser Sache machen können, wollen dort Meldung machen.

* **Die Große Ostdeutsche Kunstausstellung** konnte während der ersten 14 Tage des Monats Juni auf einen recht nennenswerten Besuch zurückblicken, da bisher weit über 10 000 Personen die Veranstaltung mit ihren Sondergruppen besuchte; während durch Ankauf 26 Werke in Privatbesitz übergingen. Um auch den Vereinen und Schulen weiterhin Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellung zu geben, hat die Geschäftsleitung der Galerie Lichtenberg in entgegenkommender Weise den Eintrittspreis auf 1 Mark ermäßigt. Anmeldungen für korporative Besichtigungen sind möglichst einen Tag vorher an die Geschäftsstelle der Großen Ostdeutschen Kunstausstellung zu richten.

* **Vereidigung gerichtlicher Sachverständiger.** Für den Landgerichtsbezirk Breslau sind als vereidigt und in das Sachverständigenverzeichnis eingetragen worden: der Zivilingenieur Oskar Beling, Breslau, Goethestr. 77, für Gutachten über Wärmewirtschaft, Dampf- und Kühlmaschinenanlagen, wie allgemeinen Maschinenbau; der Handelschemiker Dr. Walther Becker-Breslau, Laboratorium Lohestr. 6, für Gutachten über Metalle, Erze, Aschen, Aufbereitungsprodukte und Kohlen, jedoch mit Ausschluß der Verhüttung von Metallen, Erzen usw.; der Buchdruckereibesitzer-Geschäftsinhaber Georg Jung-Breslau, Salzstr. 8, für Gutachten über Abschätzung von Buchdruckmaschinen und -Utensilien, sowie Buchdruckereieinrichtungen; der Dekateur Kurt Schädrich-Breslau, Herzogstr. 23, für Gutachten über Dekatur (Tuchfärberei, Krumpferei); der Kaufmann Georg Kroner in Breslau, Augustastr. 12, für Gutachten über Schilfrohr und Rohrgeweben.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Steine. Eine öffentliche Volksversammlung fand am Sonntag statt. Genosse Kleinert, Canth, sprach über Ultimatum, Regierungsbildung und Oberschlesien. In klarer verständnisvoller Weise schilderte der Redner die Ursachen, die zu den heutigen politischen Ereignissen führten und wies besonders darauf hin, daß gerade in Oberschlesien die Ostmarkenpolitik der früheren Regierung die meiste Schuld an den dortigen Verhältnissen trägt. Die Annahme des Ultimatums, die im Interesse der Einheit des deutschen Reiches unbedingt notwendig war, forderte von uns auch große Opfer. Da wird es sich zeigen, wie weit unsere Koalitionsparteien gewillt sind, mit uns mitzugehen, um eine gerechte Verteilung der Lasten vorzunehmen. Aufgabe unserer Genossen in Regierung und Reichstag wird es sein, dafür zu sorgen, daß nicht alle Lasten auf die Verbrauchssteuern, wie Zuckersteuer, Zündholzsteuer, Kohlensteuer usw. abgewälzt werden. Auch ist es unbedingt erforderlich, daß die Orgesch in Bayern so schnell wie möglich entwaffnet wird. Jedenfalls müssen unsere Wähler in der nächsten Zeit die Augen offen halten, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein. In der Diskussion meldete sich Genosse Becker zum Wort und ermahnte die Versammelten, die Ausführungen des Genossen Kleinert zu beachten und demnach zu handeln.

Am gleichen Tage sprach Genosse Kleinert in Jäschkowitz über das gleiche Thema. In der Diskussion versuchte Herr Kopatz sich so gut wie möglich zu blamieren. Die Versammelten hatten jedoch keine Lust, sich noch länger von Herrn Kopatz anöden zu lassen und forderten nach einstündiger Diskussionsrede Schluß. Genosse Herrmann gab dem Herrn die gebührende Abfuhr und auch Genosse Kleinert fertigte diesen deutschnationalen Parteisekretär in seinem Schlußwort ab. Jäschkowitz ist halt immer noch kein Boden für die Reaktionären, trotzdem Herr von Oelsen sich die größte Mühe gibt.

Aus der Provinz Schlesien.

Der Arbeitsmarkt in Schlesien.

Das Schlesische Landesarbeitsamt schreibt uns:

In der Berichtswoche hat die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, die namentlich durch die oberschlesischen Unruhen und den im Waldenburger Bergbau ausgebrochenen Streik verursacht ist, weiter angehalten. Die Meldungen über Betriebseinschränkungen und Stillegungen in fast sämtlichen Industriezweigen infolge Kohlenmangels haben sich vermehrt.

Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger ist um etwa 500 gestiegen.

Der Zustrom der oberschlesischen Flüchtlinge, die nur zum Teil in Arbeit (Landwirtschaft) untergebracht werden konnten, hält weiter an.

In der Landwirtschaft konnte der Bedarf an männlichen und weiblichen jüngeren Arbeitern nicht gedeckt werden.

Im Bergbau ist der in Waldenburg ausgebrochene Streik gegen Ende der Berichtswoche beigelegt worden. Die Belegschaften sind am Freitag fast vollständig wieder eingefahren.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Torfwerke hat sich gehoben, so namentlich in den Kreisen Neumarkt und Haynau.

Der Streik in den Ziegeleibetrieben ist größtenteils beigelegt worden.

In der Porzellan- und Glasindustrie ist infolge mangelhafter Belieferung ein starker Rückgang im Beschäftigungsgrad eingetreten, so namentlich im Hirschberger und Münsterberger Bezirk, wo die Deutschen Ton- und Steinzeugwerke gezwungen sind, in nächster Zeit etwa 400 Arbeitskräfte zu entlassen, sowie im Hirschberger Bezirk, wo die Erdmannsdorfer und Schmiedeberger Fabriken nur drei Tage in der Woche arbeiten, während die Hirschberger Betriebe vollständig stilliegen. Dagegen war es der Glasfabrik Eibenstein in Hohenboda, Kreis Hoyerswerda, möglich, etwa 50 Arbeitskräfte neu einzustellen.

Die Striegauer Steinbrüche stehen infolge Absatzschwierigkeiten vor einer Krisis. Zunächst ist nach Einhaltung der 14tägigen Kurzarbeiterfrist die Entlassung von etwa 300 Arbeitskräften angekündigt worden.

In der Metallindustrie macht sich im Hirschberger und Oberlausitzer Bezirk eine Besserung der Arbeitsmarktlage bemerkbar. Im allgemeinen ist die Lage sonst unverändert.

In der Textilindustrie macht sich der Kohlenmangel besonders ungünstig fühlbar, so mußten verschiedene Webereien im Landeshuter Bezirk ihre Betriebe einstellen. — Die bei der Glanzfäden-A.-G. in Petersdorf im Riesengebirge entlassenen 65 Arbeiter konnten zum Teil bei Notstandsarbeiten im Hirschberger Kreis, zum Teil in der Landwirtschaft untergebracht werden. Die zur Entlassung gekommenen etwa 300 Arbeiterinnen sollen der Haus- und Landwirtschaft, aus der sie zum größten Teile stammen, wieder zugeführt werden.

Auch die Papierindustrie leidet erheblich unter Kohlenmangel, so mußte die Haynauer Papierfabrik ihren Betrieb vollständig schließen, während die Papierfabrik Erfurt, Straupitz, Kreis Hirschberg, nur an vier Tagen in der Woche arbeitet.

In der Möbelindustrie hält die schlechte Geschäftslage weiter an. In Liegnitz wird am 1. Juli die Möbelfabrik Fritsche u. Co. ihren Betrieb schließen, wodurch etwa 100 Arbeitskräfte zur Entlassung kommen. Gleichfalls hat die Haynauer Möbelfabrik ihre sämtlichen Arbeitskräfte entlassen müssen.

Das Baugewerbe ist gut beschäftigt. Der Nachfrage nach gelernten Bauarbeitern konnte nicht immer entsprochen werden.

Bedarf besteht nach wie vor an weiblichen Dienstboten für die Haus- und Landwirtschaft sowie nach vorgebildeten Stenotypistinnen und Maschinenschreiberinnen. Im Gastwirtsgewerbe herrscht gleichfalls Nachfrage nach weiblichem Personal, aber auch männliches Personal für die Badeorte ist gesucht.

Die überflüssige Schutzpolizei.

Aus Glatz wird uns geschrieben:

Nachdem in den Hirnen einiger übereifriger Patrioten, die die Zeit für einen neuen frisch-fröhlichen Krieg gekommen glaubten, das Phantom einer Tschechengefahr für die Grafschaft Glatz entstanden und die frühere bürgerliche Reichsregierung bewaffnete Verteidigung beschlossen hatte, wurden in die Grafschaft Glatz eine ganz erhebliche Anzahl Hundertschaften Schutzpolizei transportiert. Sie wurden in der Grafschaft verteilt, beunruhigten die Bevölkerung, die wahrhaftig vor der Tschechengefahr keine Besorgnis hatte, weil sie wußte, daß keine Gefahr bestand, und machten sich sonst überall recht bemerkbar. Man hätte nun annehmen sollen und müssen, daß diese Schutzpolizei, nachdem der Schwindel der Tschechengefahr aufgedeckt und endgültig durch die Annahme des Ultimatums, die weitere etwaige geplante Sanktionen ausschloß, erledigt war, sofort zurückgezogen würde. Weit gefehlt. Bereits über 5 Wochen wieder hat die Schutzpolizei, die zum Teil aus Westdeutschland stammt;

ein völlig nutzloses Dasein.

Die Leute wissen buchstäblich nicht, was sie hier eigentlich sollen und fühlen sich völlig überflüssig. Von den Tschechen ist nichts zu sehen und die Grafschafter Bevölkerung fängt an, die Grünen nicht mehr gern zu sehen. Was wollen sie eigentlich? fragt man sich. Soll die Bevölkerung künstlich in Unruhe und Besorgnis gehalten werden, soll sie durch die Anwesenheit der Grünen glauben, die Gefahr bestehe immer noch? Und warum will man der Bevölkerung diesen Glauben aufdrängen?

Dabei ist weiter zu beachten: Die auswärtige Schutzpolizei wird durch dieses Kommando zum Teil

wirtschaftlich ruiniert.

Vor allen Dingen ist es den Verheirateten unter ihnen nicht möglich, hier zu leben und gleichzeitig von dem nicht sehr hohen Gehalt ihre fernen Familien zu ernähren. Die Leute sind erbittert darüber, daß man sie so zweck- und sinnlos für nichts und wieder nichts von ihren Familien fern hält und diese Erbitterung ist voll berechtigt. Auch

der Staat verschwendet unnötige Gelder,

was gerade in der heutigen Zeit, wo auch der Staat vor allem auf Sparsamkeit bedacht sein muß, wirklich zu verwundern ist. Die unnötigen Kosten für Transporte, die zwecklos sind, Bahnfahrten, die nicht zu Ende geführt werden usw., müssen sich ins Riesenhafte steigern.

Und warum das alles?

Kein Mensch begreift es. So wurde z. B. am vergangenen Donnerstag ein Teil der Schupo alarmiert wegen des Streiks in Waldenburg. Die Leute fuhren früh ab, haben bis Freitag mittag auf dem Bahnhof in Schweidnitz gestanden, um dann wieder nach Glatz zurücktransportiert zu werden. Wie die Regierung solche teuren Scherze mit der großen Not des Landes vereinbaren kann, ist nicht allein ihre Sache, denn die Bürger zahlen ihre Steuern nicht, damit sie von unverantwortlich handelnden Stellen zum Fenster hinausgeworfen werden für ein Nichts.

Des weiteren zeigt sich folgender bedenklicher Uebelstand. Die in Glatz liegende Schupo besitzt eine Kapelle, die auch öfter Ringkonzerte veranstaltet. Diese Kapelle wird häufig im Lastautomobil nach Altheide, Reinerz, Wünschelburg usw. transportiert, um vor den dort liegenden Grünen zu spielen. Statt dessen aber

konzertiert die Kapelle in den Kurparks gegen Eintrittsgeld,

nimmt den Berufsmusikern das Brot weg, und es ist sogar vorgekommen, daß die Skameraden für ihre eigene Kapelle Eingekommen, daß die Kameraden für ihre eigene Kapelle, zumal es unseres Wissens der Schupo verboten ist, in Uniform zu konzertieren.

Wir fassen zusammen: Die Anwesenheit der Schupo in der Grafschaft Glatz ist völlig überflüssig, weil eine Tschechengefahr nicht besteht.

Wir fordern, daß die Schupo in ihre Heimatorte abtransportiert wird.

Wir wissen uns darin eins mit den Beamten der Schupo selbst, die ihre Zelte hier so schnell wie möglich abbrechen möchten, weil ihr Dasein keinen sichtbaren Zweck hat.

Oder hat etwa diese Häufung von Schupo in der Grafschaft irgend welche geheimen Gründe?

Friedland. Raubmord. Am vergangenen Sonntag wurde im Plieschnitzer Forst, der zur Besitzung des Landesältesten Blomeyer in Klein-Schnellendorf gehört, von Beerensuchern eine männliche Leiche aufgefunden, die mit Reisig zugedeckt war. Nach ihrer Beschaffenheit muß diese schon längere Zeit dort gelegen haben. Eine Gerichtskommission aus Friedland stellte durch den beigegebenen Arzt eine Schußwunde am Kopf fest, welche aller Wahrscheinlichkeit den Tod zur Folge hatte. Da die Leiche ohne jegliche Wertsachen war, wird Raubmord angenommen. Da keine Anhaltspunkte zur Identifizierung des Toten vorhanden war, schwebt vollkommenes Dunkel über dessen Herkommen.

Familiennachrichten

Am 14. Juni, nachmittags 4 Uhr, verschied an den Folgen einer schweren Operation mein lieber Gatte, der Klavierstimmer

Benno Tappert

im Alter von 47 Jahren. 1971 d

Im Namen der Hinterbliebenen:
Marie Tappert, geb. Fleischer.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Friedhofes Cosel.

Plötzlich und unerwartet verstarb in der Blüte ihrer Jugend unsere herzensgute Tochter, Schwester, Nichte und Cousine

Fräulein Gertrud Scholz

im Alter von 20 Jahren. 1673 d

Dies zeigt tiefbetrübt an
Breslau, Posener Straße 10, den 16. Juni 1921.
Familie Scholz.

Beerdigung: Freitag, nachm. 1½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

In den meisten Fällen
Schmerzloses Zahnziehen!
Zähne von 8 M. an
Füllung von 4 M. an
R. Barthold, Poststr. 1
Ecke Ohlauerstr.

Karlstr. 38
Herren-Filzhüte
werden umgearbeitet bei
Freund & Krebs

Ausschneiden!
Kauf! Verkauf!
Höchste Beleihung
von Brillanten und Werten jeder Art
F. Sonnenfeld, Breslau
Ohlauerstr. 30
Ohlauer Stadtgraben Zoll

Wiederverkäufer und Gastwirte
kaufen ihre Zigarren und Zigaretten zu den billigsten Fabrikpreisen

Billige Möbel!
Schrank 485, Bettstelle 485
Tisch 65, Stühle 45,
Küche 500, Bettstelle m.
Matratze 360, Sofa 950
Chaiselong. 385, kompl.
eich. Schlafzimmer 3700,
u. v. and. Möbel usw.
Botta, jetzt
Bergmannstr. 5 (Oberl.)

In ½ Stunde Garantie
Läuse-Plage
Goldo
Wanzen | Schwaben | Holzwurm

Wir drucken
Plakate
Einladungskarten, Formulare
Broschüren, Zeitschriften
Zeitungs-Beilagen, Kataloge
Preislisten, Briefbogen u.
Kuverts, Zirkulare
Postkarten
usw.
Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau II, Flurstraße 4-6
Fernruf Ring 1206

Wir empfehlen:
Große Männer aller Völker und Zeiten
Herausgegeben von Georg Gellert
Mit vielen Abbildungen, gebunden nur Mk. 6.50

Sommersprossen

Centrale u. Sparkasse
Tauentzienstraße 127/131
Große Vorteile
bieten wir beim Einkauf in unserer
Bekleidungsabteilung am Neumarkt No. 12 2724

Ganz besonders vorteilhaft
Herren- und Knabenanzüge
Kinderanzüge
Waschanzüge
Sommerjoppen für Herren und Knaben
Berufskleidung
gute, preiswerte Arbeitshosen- u. -Jacken
Arbeitshemden
Makohemden u. -Unterhosen
Einsatzhemden
Herrensocken in verschied. Qualitäten.
Vorhemden, Kragen, Krawatten, Hosenträger
Badeanzüge
Sportbekleidung
usw.

Kurzwaren
u. a.
Nähgarne aller Art
Strumpfgarne
Druckknöpfe
Wäscheknöpfe
Strumpfhalter
Gummi- u. Besatzband
Spitzen und Besätze
Handtücher
Wisch- u. Staubtücher
Tischdecken
Bettwäsche
Erstlingswäsche
usw.

Große Auswahl in
Damen-Konfektion
Kostüme, Röcke
Mäntel, Unterröcke
Untertaillen
Hemden, Beinkleider
Taschentücher
Strümpfe in Flor und Baumwolle.
Reichhaltiges Lager in
Kleiderstoffen
Dirndlkleider u.
Dirndlstoffe
Badetrikots und
Badewäsche
usw.

Der Besuch unserer Bekleidungs-Abteilung lohnt!